Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2018

Dokumentation

Verleihung an Ann Pettifor

Freitag, 7. Dezember 2018
Rathaus Bremen, Obere Rathaushalle

Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken

Inhalt

Begrüßung Ole Sören Schulz

Begründung der Jury Karoline Linnert
für die Freie Hansestadt Bremen

Ellen Ueberschär
für die Heinrich Böll Stiftung

Laudatio Monika Tokarzewska

Vortrag Ann Pettifor

Kommentare Rudolf Hickel und Dieter Rucht

Podiumsdiskussion **Die Macht der Finanzmärkte und die (Ohn-)Macht des Politischen?**
Diskussion zur Verleihung des Hannah-Arendt-Preis 2018 mit Ann Pettifor, Dieter Rucht und Rudolf Hickel, Gesprächsleitung: Antonia Grunenberg

Begrüßung Ole Sören Schulz

Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe FreundInnen und UnterstützerInnen des
„Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken“,
dear Mrs. Pettifor.

Ich darf Sie im Namen des Vereins „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken“ und im Namen des Vereinsvorstandes ganz herzlich zur diesjährigen Preisverleihung in der festlichen Oberen Rathaushalle begrüßen.

Die internationale Jury hat entschieden, dass der „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken“ diesmal einer politischen Ökonomin, oder: um es präziser zu sagen, einer unablässig politisch *intervenierenden* Denkerin überreicht wird: Ann Pettifor. Die Preisträgerin ist unter anderem Direktorin des Netzwerkes *Policy Research in Macroeconomics (PRIME)*, das sich mit keynesianischer Geldtheorie und Politik auseinandersetzt. Sie lehrt, und ich bin wieder versucht zu sagen: *unter anderem*, am *Political Economy Research Centre* der City University London. Politisch hat sie *mitunter* maßgeblich an der *Jubilee 2000-Kampagne* mitgewirkt, einer globalen Bewegung, der Beachtliches gelungen ist, und wovon Ihnen Ann Pettifor in ihrem Festvortrag selbst berichten wird. Offenbar sind politische Interventionen nach wie vor keinesfalls aussichtslos.

Liebe Damen und Herren, der Hannah-Arendt-Preis versteht sich, wie Sie wissen, in erster Linie als ein politischer und nicht als ein akademischer Preis. Erlauben Sie mir daher kurz auf das jüngst erschienene und vorzügliche Buch der Preisträgerin hinzuweisen, welches den Titel trägt: *Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken.* Diese Schrift ist ebenfalls weniger eine akademische Abhandlung als vielmehr ein *politisches* Manifest. Es ist, ohne den Ausführungen der Jury an dieser Stelle allzu weit vorzugreifen, *ein* Motiv dafür gewesen, dass Ann Pettifor heute Abend der „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken“ zugedacht wird. Das Buch steht geradezu exemplarisch für ihre politische Grundüberzeugung, der zufolge das, was in der Welt geschieht und alle angeht, auch von allen verstanden werden sollte. Sie pflegt, und das ist durchaus erwähnenswert, einen gewissermaßen demokratischen Schreibstil. Das heißt: Sie schreibt im Hinblick auf die bis heute nicht *aus*gestandene, geschweige denn hinreichend *ver*standene weltweite Finanzkrise und über die verheerenden Auswirkungen des globalen Finanzkapitalismus *so* verständlich, *dass* man es versteht. Dass das „Verstehen“ für Ann Pettifor gleichsam „die andere Seite des Handelns“[1] darstellt, lässt sich kaum prägnanter formulieren als in den Worten der Preisträgerin selbst, wenn sie in einem Interview betont: “The public are not stupid. They do understand these complexities. They can get it, and when they get it, they can act. But if they don’t have […] facts […], it’s very difficult to act and it’s very difficult to change systems.”[2]

Doch wie lässt sich die laut Ann Pettifor „despotische Macht“ des von Eigeninteressen geleiteten globalen Finanzsektors *zugunsten* eines am Gemeinwohl orientierten Geldsystems überwinden? Wie geht überhaupt eine alternative politische Machtbildung vor sich? Wie ist es um die Selbsterneuerungsfähigkeit moderner Demokratien bestellt, die sich den scheinbar unabänderlichen neoliberalen Markterfordernissen zunehmend unterwerfen? Zusammengefasst gefragt: Wie lässt sich die geforderte „große Wende“ (Ann Pettifor) politisch realisieren? Und wie sind in diesem Zusammenhang z. B. die Erfolge und Grenzen zu interpretieren, welche die weltweiten und in sich höchst heterogenen Protestbewegungen (Occupy, Attac etc. pp.) gegen den Finanzkapitalismus bislang erfahren haben?

Hierzu findet am morgigen Samstag im Institut Français, wie gewohnt um 11 Uhr, ein Symposium statt, das unter dem Titel „Die Macht der Finanzmärkte und die (Ohn-)Macht des Politischen?“ steht. Es werden miteinander sprechen und diskutieren: Rudolf Hickel, Dieter Rucht und Ann Pettifor. Moderiert wird das Kolloquium von Antonia Grunenberg.

Wir sind froh, mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel und dem Protestforscher Dieter Rucht, gleich zwei höchst renommierte Wissenschaftler heute Abend begrüßen zu können. Rudolf Hickel dürfte nicht nur den BremerInnen bekannt sein. Er hat als Professor für Politische Ökonomie und später als Professor für Finanzwissenschaften an der Bremer Universität gelehrt. Rudolf Hickel ist unter anderem Direktor gewesen des an der Universität ansässigen Instituts *Arbeit und Wirtschaft* und ist mittlerweile dortiger Forschungsleiter. Eine seiner zahlreichen Publikationen trägt übrigens den Titel: *Zerschlagt die Banken; Zivilisiert die Finanzmärkte.*

[1] Vgl. Arendt, H. (2013): Verstehen und Politik, in: ders.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, 2. Aufl., München, S. 125.

Dieter Rucht, Professor für Soziologie, ist Mitbegründer des Berliner *Instituts für Protest- und Bewegungsforschung*. Am *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* hat er beispielsweise die Forschungsgruppe *Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung* mitgeleitet. Er erforscht seit mehreren Jahrzehnten vor allem soziale, politische und internationale (Protest-)Bewegungen und ist hierüber ebenfalls einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Schön, dass Sie beide hier sind.

Ich darf Sie nun mit dem weiteren Verlauf der heutigen Festveranstaltung vertraut machen.

Zunächst werden die VertreterInnen der beiden preisstiftenden Institutionen zu Wort kommen. Für den Senat der Freien Hansestadt Bremen wird die Bürgermeisterin Karoline Linnert sprechen, für den Vorstand der Heinrich Böll Stiftung Ellen Ueberschär. Wir möchten den genannten Geldgebern, die den Hannah-Arendt-Preis seit so vielen Jahren finanziell und ideell unterstützen, bei dieser Gelegenheit nochmals und ausdrücklich dafür danken, dass sie es sich nicht nehmen lassen, alljährlich Abende wie diesen zu ermöglichen. Dem Senat der Stadt Bremen und der Heinrich Böll Stiftung gilt daher unser besonderer Dank.

Im Anschluss an die erwähnten Ansprachen der StifterInnen des Preises wird Monika Tokarzewska als Mitglied der Internationalen Jury die Begründung der Preisvergabe zusammen mit der Laudatio verlesen.

Es folgt dann der Festvortrag von Ann Pettifor, auf den wir alle sehr gespannt sind.

Danach werden Rudolf Hickel und Dieter Rucht dankenswerterweise bereits am heutigen Abend jeweils ihre inhaltlichen bzw. weiterführenden Kommentare zu Ann Pettifor vortragen. Wir freuen uns über diese Neuerung im Abendprogramm, die Ihnen vielleicht einen kleinen Vorgeschmack auf das morgige Kolloquium im Institut Français geben wird.

Der Abend im Rathaus klingt dann, und dies ist keine Neuerung, traditionell mit der Preisübergabe hier und einem gemeinsamen Sektempfang im Nachbarsaal aus und hoffentlich – in einem guten Sinne – noch lange *nach*.

Last but not least sind Sie *alle*, liebe Anwesende, herzlich dazu eingeladen, nach dem Sektempfang an einem kleinen Buffet, das heute Abend zu Ehren der Preisträgerin im Institut Français aus- und angerichtet wird, teilzunehmen. Ob dies nun zu einer organisatorischen *Krise* führen wird, ist, wie Vieles in dieser Welt, nicht absehbar; sie würde aber, und da darf ich Sie beruhigen, unsererseits dann nicht „gemanagt", sondern schon irgendwie „gedeichselt" werden. Also: Partizipieren Sie ruhig! Damit überreiche ich nun das Wort an die Bürgermeisterin Karoline Linnert. Anschließend spricht, wie gesagt, Ellen Ueberschär für die Heinrich Böll Stiftung. Danach erfolgt die Jurybegründung und Laudatio von Monika Tokarzewska. Vielen Dank!

[2] Ann Pettifor in einem Radiointerview mit Wallace Chapman, Radio New Zealand (RNZ), Sunday Morning, 15.04.2018, https://www.radionz.co.nz/audio/player?audio_id=2018640732 (Min. 29:29 – 29:46), zuletzt eingesehen am 19.12.2018. Vgl. hierzu auch: https://www.radionz.co.nz/national/programmes/sunday/audio/2018640732/economist-ann-pettifor-the-public-are-not-stupid, zuletzt eingesehen am 19.12.2018.

Begründung der Jury
Karoline Linnert
für die Freie Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Frau Pettifor,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass wir heute gemeinsam den Hannah-Arend-Preis für politisches Denken verleihen. Wir, das sind die Heinrich Böll Stiftung Bremen, der Verein „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V." und der Bremer Senat, für den ich hier stehe.

Wir verleihen diese Auszeichnung heute der Ökonomin und Finanzwissenschaftlerin Ann Pettifor, gebürtig aus Südafrika und heute britische Staatsangehörige.

Sehr geehrte Frau Pettifor,

Sie sind unter anderem durch ihre führende Rolle in der „Jubilee 2000"-Kampagne bekannt geworden. Die führte zum Jahrtausendwechsel dazu, dass 35 Entwicklungsländern Schulden in einer Gesamthöhe von rund 100 Milliarden US-Dollar erlassen wurden.

Herzlich Willkommen in Bremen! Ich freue mich sehr, dass Sie heute hier sind!

Mit dem Hannah-Arend-Preis für politisches Denken ehren wir diejenigen Menschen, die es riskiert haben, das „Wagnis Öffentlichkeit" einzugehen und immer wieder neu eingehen. Die Preisträgerinnen und Preisträger erkennen das Neuartige in einer scheinbar sich linear fortschreibenden Welt denkend und handelnd und teilen es der Welt mit.

Das haben auch Sie, liebe Frau Pettifor, getan, als Sie eine der ganz wenigen Personen waren, die schon mit Beginn der US-Immobilienkrise – im September 2006 – sehr präzise die kurz bevor stehende, weltweite Finanz- und Bankenkrise vorher gesagt haben.

Die BBC hat Sie und drei weitere Ökonomen im Herbst 2018 deshalb als „Cassandras of the Crash" bezeichnet: Sie sind eine „Kassandra", die – wie in der griechischen Mythologie – Schlimmes vorhersehen kann, aber damit geschlagen ist, dass niemand auf sie hört – oder zumindest damals nicht auf Sie gehört hat.

Ich wünsche Ihnen sehr, dass das heute anders ist: Denn Sie haben kluge und streitbare Dinge zu sagen, veröffentlichen Bücher und Schriften und stellen sich wieder und wieder der öffentlichen Diskussion um die undemokratische und unregulierte Macht des Finanzsektors und der Banken.

Das teilt auch die Jury des Hannah-Arendt-Preises.

In ihrer Begründung heißt es: „Ann Pettifor beschreibt und erläutert sehr eindringlich die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Geldproduktion, wie sie vorwiegend seitens der Banken in Form von digitalen Kreditvergaben betrieben wird. Im Fokus ihrer Kritik steht dabei ein sich verselbstständigender globaler Finanzsektor, der abseits der Öffentlichkeit, und somit außerhalb politischer Einflussnahmen und demokratischer Kontrollen agiert." – So die Jury.

Und an dieser Stelle wird es interessant: Wie schaffen wir es ganz konkret, den sich verselbständigenden globalen Finanzsektor wieder unter Kontrolle zu bekommen?

Sie fordern, dass der Finanzsektor nicht länger „Herr der Wirtschaft" sein dürfe, sondern wieder auf die Rolle des klugen Dieners zurückverwiesen werden müsse.

Dazu machen Sie Vorschläge in Ihrem Buch „Die Produktion des Geldes", wie etwa diesen, dass viel mehr Wissen in der Bevölkerung vorhanden sein müsste: über die Zusammenhänge im Finanzsektor, über Kapitalmobilität, Geldschöpfung, Schulden und Kredite und so weiter.

Und sie fordern eine strengere Reglementierung: Geschäftsbanken dürfen nicht einfach Geld schöpfen, indem sie „Zahlen in ihre Computertastatur tippen“, wie Sie schreiben. Ich selbst finde ja, dass Banken dem Staat gehören sollten.

Es brauche klare Vorgaben für Kreditvergaben im privaten Bereich, die sich in der Regel am gesellschaftlichen Nutzen orientieren sollen, wie etwa an der Frage, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass mit den vergebenen Mitteln Arbeitsplätze geschaffen werden, und dass das Ökosystem nicht unbegrenzt ausgebeutet wird. Auf all diese spannenden Ansätze will ich hier nicht im Einzelnen eingehen.

Eine sehr interessante Frage ist für mich zunächst die, wie ein Staatswesen agieren kann, dass – wie Bremen – aktuell sehr hoch verschuldet ist, solange ihre Forderungen noch nicht Realität geworden sind?

Immerhin sprechen Sie sich auch gegen Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten aus. Und gegen die Aussage: „Es ist kein Geld da.“

Diese Aussage war damals, als ich noch Sozialpolitikerin in der Opposition war, für mich der Grund, in den Haushalts- und Finanzausschuss des Parlaments zu gehen. Mir wurde auch immer gesagt. „Es ist kein Geld da.“ Es war kein Geld für Soziales und für „Frauenthemen“ da. Aber für „Männerthemen“ war Geld da. Das wollte ich verstehen und ändern.

Aus meiner Perspektive als Finanzsenatorin dieses sehr armen Bundeslandes stellt sich die aktuelle Situation so dar, dass – wenn unsere Regierung immer mehr Schulden bei eben jenen kaum gebändigten Banken macht – wir unser Staatswesen diesen Banken immer stärker ausliefern und abhängig werden. Das darf aus demokratietheoretischen, sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen auf keinen Fall passieren!

Arme Menschen brauchen einen sozial agierenden und unabhängigen Staat, reiche Menschen nicht so dringend. Denn reiche Menschen engagieren sich ihren Privatlehrer oder ihren Sicherheitsdienst zur Not selbst. Arme Menschen sind darauf angewiesen, dass es einen zum Wohle der Gesellschaft agierenden Staat gibt, der für kostenlose Bildung, für eine funktionierende Infrastruktur, für eine öffentliche medizinische Versorgung und für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger sorgt.

Sehr geehrte Frau Pettifor,

ich bin mir sicher, wir könnten uns wunderbar konstruktiv darüber auseinandersetzen, unter welchen Bedingungen ein Staatswesen Schulden machen darf – oder vielleicht sogar muss? – in welcher Höhe. Und wann ein Staat aufhören muss, sich zu verschulden.

Ein weiterer interessanter Diskussionspunkt wäre außerdem, wie viel „Keyens“ unsere überwiegend nationalstaatlich angelegten Demokratien maximal vertragen, während sie sich innerhalb von EU-weiten Verträgen und innerhalb des globalen Marktes bewegen und dabei mit global agierenden Banken konfrontiert sind?

Zuletzt möchte ich noch einen Punkt anmerken, über den ich mich als Grüne und als Finanzsenatorin sehr freue: Sie schreiben den Umweltschützerinnen und Umweltschützern – uns Grünen – ins Stammbuch, dass man die Regulierung des Finanzsektors und den Schutz unseres Ökosystems nicht getrennt denken darf. Und wenn man es tut, ist der Umweltschutz zum Scheitern verurteilt. Denn wir haben es mit einem auf massiver Ausbeutung unserer Ressourcen beruhenden Finanzsektor zu tun.

Diese inhaltliche Verknüpfung nehmen mittlerweile zwar auch andere vor, aber selten in der Radikalität, wie Sie sie vortragen.

Aus tiefster Überzeugung schließe ich mich Ihrer Forderung an, dass wir unsere demokratischen Institutionen stützen und stärken müssen!

Wir müssen dem Gefühl der Abgehängtheit vieler Menschen begegnen, das auch der unregulierte Finanzmarkt ausgelöst hat. Die Demokratieverdrossenheit, mit der wir es verstärkt zu tun haben, ist für unseren Staat und unsere Gesellschaft brandgefährlich!

Sehr geehrte Frau Pettifor,

ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zum Hannah-Arend-Preis 2018!

Dieser Preis ist vor 24 Jahren ins Leben gerufen worden, um in den kontroversen Diskussionen über politische Gegenwartsfragen an Hannah Arendts Ausspruch zu erinnern, dass „der Sinn von Politik Freiheit (ist)“.

Da haben wir noch viel vor uns!

Ellen Ueberschär
für die Heinrich Böll Stiftung

Lieber Preisträgerin, sehr geehrte Frau Pettifor, liebe Jury, lieber Vorstand des Hannah-Arendt-Vereins für politisches Denken, liebe Laudatoren, verehrte Gäste,

es ist mir eine große Freude, heute und hier das Wort an Sie richten zu dürfen im Namen der Heinrich Böll Stiftung.

Die Verleihungen des Preises habe ich in der Vergangenheit mit Neugier und großer Erwartung verfolgt – Die Verleihungen an Yfaat Weiss, an Navid Kermani, und Tony Judt haben mich regelrecht begeistert und die Vorfreude auf das Nachlesen der Laudationes und Reden der Geehrten gesteigert – meine Auswahl zeigt, dass ich im geistes- kultur- und religionswissenschaftlichen Bereich besonders begeisterungsfähig bin.

Nun aber: Ann Pettifor, eine Ökonomin, die uns erklären kann, woher das Geld kommt, warum das Vollgeld auch keine Lösung ist und dass der große Finanzcrash von 2008 nur das System konsolidiert hat, die notwendigen politischen Konsequenzen aber nicht gezogen wurden.

Und genau hier ist der spannende Punkt, an dem sich die beiden Tangenten des Preises – die Namensgeberin Hannah Arendt und die Preisträgerin – treffen.

Für Hannah Arendt war das Handeln des Menschen die höchste Form des Tätigseins. Handeln heißt: im öffentlichen Raum, durch Kontroverse und Kompromiß, versuchen die Unterschiedlichen, das Wohl der Gemeinschaft voranzubringen. Arendt entwirft ein Modell der Teilhabe aller Menschen an Wirtschaft und Gesellschaft: Alle Menschen haben das Recht auf eine vita activa in den res publicae. Aber dieses Recht ist ständig bedroht, nicht zuletzt durch übermächtige Wirtschaftsinteressen.

Schon von hier aus lässt sich eine Linie zu Ann Pettifors Fazit ihrer ökonomischen Analysen ziehen: Die Finanzindustrie sei nicht mehr Diener, sondern längst Herr der Gesellschaft.

Hannah Arendts sah diese Gefährdung des Politischen, des öffentlichen Raumes, voraus. Der gemeinsame Weg einer Gesellschaft muss Gegenstand eines permanenten Aushandlungsprozesses unterschiedlicher Interessen sein. Schon in den 1950er Jahren fürchtete sie, dass selbsternannte Experten und Berater die öffentlichen Angelegenheiten in die von ihnen gewünschte Richtung treiben und damit die Demokratie in einen Zustand versetzen würden, in dem sich die wahre Politik des gemeinsamen Gestaltens verflüchtigt. In einem solchen Zustand aber liegen die Anfänge totalitärer Herrschaft.

Die im neuen Jahrtausend aufkommende Occupy-Bewegung, die als ein Akt des Widerstands gegen diesen längst eingetretenen Zustand gelesen werden kann, vertritt mit ihrer radikalen Kapitalismus-Kritik ebendiese durchaus deftige Hannah-Arendt-Auslegung: Das globale Finanzsystem wird interpretiert als eine totalitäre Bewegung – angeführt von eben jenen Finanzmarktspezialisten –, die nicht zur Ruhe kommen wird, ehe sie nicht die ganze Welt erfasst und alles in private Hände gebracht hat, was bislang staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Zugänglichkeit oder gar Kontrolle unterworfen war. Dazu Hannah Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1955): „Alles irgend durch Regeln Gebundene, Kontrollierbare und darum Statische muss verdampfen vor dem dynamischen Prinzip der Bewegung. Alles Individuelle, Traditionsbestimmte, kulturell Besondere und Widerständige soll durch den Kapitalismus wie durch ein reinigendes Fegefeuer, an dessen Ende die eine, gleichförmige und erlöste Welt steht."

Sie selbst weitete Anfang der 1970er Jahre ihre Besorgnis zu einer negativen Utopie aus, dass übermächtige Wirtschafts- und Finanzinteressen die formal demokratischen Systeme industriekapitalistischer Gesellschaften bedrohen könnten und legte damit die Spur aus, in die Occupy einstieg. Aber auch jenseits radikaler Kapitalismus-Kritik offenbarte die heftige Finanzkrise von 2008, die ihr trauriges 10-jähriges Jubiläum just in diesem Jahr begeht, dass ihre Besorgnis nicht ins Leere lief.

Ann Pettifor, die – so möchte man sagen – politische Ökonomin, möchte mit ihrer Arbeit in *Prime – Policy Research in Macroeconomics* und als *Fellow of the New Economics Foundation* genau das bekämpfen, anprangern, verhindern – dass eine übermächtige Plutokratie die demokratischen Institutionen gleichsam zermalmt.

Sie streitet für politische Kontrolle über die Finanzmärkte und stellt fest, dass trotz der desaströsen Erfahrungen in der Finanzkrise und der Sozialisierung des Schadens zulasten der Bürgerinnen und Bürger die Märkte alles andere als gezähmt erscheinen. Im Gegenteil: Heute sind die Bedingungen für das Finanzgeschäft überdurchschnittlich gut, weil dieses von Regierungen und Zentralbanken bestens unterstützt wird. Einige Verbesserungen in Randbereichen des Bankensystems gab es – Banken sollen eine höhere Eigenkapitalquote einhalten, aber insgesamt geschah wenig, um das riskante und sich rasant ausweitende System der Schattenbanken zu regulieren. Die globalen, privaten Finanzinstitutionen, so die Analyse von Ann Pettifor, "are too big to fail and their bosses too big to jail."

Und ihre Empfehlung lautet, ganz auf der Arendtschen Linie des öffentlichen Aushandelns als Mittel der Rückgewinnung des Politischen, dass demokratisch gewählte Regierungen ihre Verantwortung für das globale Finanzsystem besser wahrnehmen müssen: strengere Kontrollen für die Finanzindustrie, klarere Vorgaben für die Kreditvergabe im privaten Bereich. Und vor allem: internationale Kapitalverkehrskontrollen – also eine Art Steuer auf grenzüberschreitende Kapitalflüsse – unter anderem, um die Zinssätze auf heimischen Märkten besser kontrollieren zu können. Eine Voraussetzung für all das ist, dass alle die, die eine vita activa bevorzugen, sich mit dem Finanzsystem auseinandersetzen.

„Die große Wende ist nur möglich", – schreibt Pettifor in ihrem jüngsten Buch *Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken*, – wenn wir uns mit einem umfassenden, angemessenen Verständnis für die Kapitalmobilität, für Geldschöpfung, Bankengeld und Zinsen wappnen – und dann Reformen fordern sowie die Wiederherstellung eines gerechten Geldsystems, das den Finanzsektor nicht länger Herr der Wirtschaft sein lässt, sondern wieder in die Rolle des Dieners verweist."

Gemeint ist: des Dieners einer Demokratie, in der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft ihre Interessen in den öffentlichen Raum einbringen. Dort ist der Ort der Verhandlung über das Gemeinwohl.

Liebe Ann Pettifor, wir freuen uns, dass sie aus dem Vereinigten – und noch europäischen – Königreich nach Bremen gekommen ist und gratulieren herzlich zum Hannah-Arendt-Preis 2018.

Laudatio
Monika Tokarzewska

In Zeiten des leichten und des teuren Geldes

Die Entscheidung der Jury, den Hannah-Arend-Preis für Politisches Denken Ann Pettifor, der britisch- südafrikanischen Wissenschaftlerin für Finanzwesen zu verleihen, mag auf den ersten Blick überraschen. Kann ein Denken über Geld ein politisches Denken sein? Ein politisches Denken in einem tieferen Sinn, nicht als Gemeinplatz, dass jedes soziale Phänomen ohnehin politisch sei?

In der politischen Theorie kommen das Geld und die Finanzwelt selbstredend vor, mit der Globalisierung und Digitalisierung der Finanzwelt ist ihr Einfluss auf den klassisch verstandenen politischen Raum schließlich und endlich nicht mehr zu ignorieren. Dieser Einfluss erscheint jedoch wie eine fremde, von außen kommende Macht, die in unsere Welt eingreift, die politische Institutionen von ihr mit dem unwiderlegbaren Argument „dafür ist kein Geld da" abhängig macht, die Demokratie aushöhlt und für wachsende soziale Spannungen sorgt, mit einem Wort unser Tun und Lassen bestimmt. Diskurstheoretiker beklagen – zu Recht –, dass die der Ökonomie entlehnten Kategorien und Begriffe unsere Sprache kolonisieren. Man spricht von Effizienz und Optimierung, Selbstvermarktung, Management und dergleichen. Gegen diese Macht, ja Übermacht kann man protestieren und ankämpfen, man kann sie auch ignorieren, wenn einem das Schicksal diese Lösung gestattet; der schwierigste Weg ist jedoch, ihren Mechanismen zumindest etwas von der verschlossenen Härte zu nehmen. Und gerade dies tut Ann Pettifor, insbesondere in ihrem letzten Buch *Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer gegen die Macht der Banken.*[1] Sie möchte nichts weniger und nichts mehr als eine Wende erreichen, die groß sein und beim Kleinen beginnen soll, nämlich mit Wissen darüber, wie Geld entsteht.

Sie gewährt uns – dem breiten Publikum – den Einblick in eine Art 'black box', vor der, der nicht Spezialist ist, hilflos dasteht. Das Geld wird – wie sie es mit einer Prise Herausforderung formuliert – „aus dem Nichts" geschöpft. Ann Pettifor führt die Worte Ben Bernankes, des Chefs der Federal Reserve vom 15. März 2009 an, der auf die Frage, woher die Fed das nötige Geld hat, um die von der Finanzkrise bedrohten Banken zu retten, mit dem Satz antwortete: „Wenn wir einer Bank Geld leihen, setzen wir einfach im Computer ihren Kontostand herauf."[2] Die Summe, um die es damals ging, betrug 85 Milliarden Dollar. Das machen Geschäftsbanken schon immer, fügt Ann Pettifor hinzu, um zugleich zu betonen, dass dies eine „große Macht" sei. Und gerade deswegen dürfe es der Gesellschaft nicht gleichgültig sein, wer über die Geldschöpfung entscheidet und zu welchem Zweck es geschöpft wird.

Dass Geld mittels Kredit zustande kommt, ist nicht erst eine späte Erscheinung unserer hochkomplizierten Zivilisation. Ann Pettifor erinnert in ihrem höchst gegenwartsbezogenem Werk immer wieder daran, wie es einst war, indem sie Momente aus der Geldgeschichte oder gar Geldanthropologie einblendet. „Das, was wir als Geld bezeichnen", betont sie, „hat seinen Ursprung in einem Glauben. Das Wort „Kredit" leitet sich vom lateinischen „credo" ab, ich glaube. „Ich glaube, dass du […] heute oder irgendwann in der Zukunft mein Geld zurückzahlen wirst. […] Der Zinssatz wurde zu einem Maß für dieses Vertrauen oder Versprechen. Und wenn das Vertrauen fehlt wird er zu einem Maß für den Mangel an Vertrauen."[3]

Dank der Erfindung des Kredits kann jemand, der etwas vorhat, aber dafür über keine Mittel verfügt, diese erhalten. Dafür muss er jedoch mit seinem Besitz, vielleicht mit einem Stück Boden oder mit der Leistung seines Geistes und Körpers bürgen. Auf diese Weise werden Dinge der Natur zu Elementen des Gesellschaftssystems. Wahrscheinlich ist der Kredit eine der ältesten Vergesellschaftungsformen der Menschen, da er ein Netz von Verbindlichkeiten und Verpflichtungen schafft, die durch Sicherheiten gedeckt werden. Wir sind gewohnt, die Entstehung des Geldes vom Tausch her zu verstehen, es sind aber, sagt Pettifor die „Schulden, nicht der Tausch, [die] seit den Anfängen zum Leben in Gemeinschaft [gehören]."[4]

[1] Ann Pettifor: „Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken", Hamburger Edition: Hamburg 2018
[2] Die Produktion des Geldes, S. 40.
[3] Die Produktion des Geldes, S. 43.
[4] Die Produktion des Geldes, S. 158.

Ann Pettifor gelingt es, indem sie diese historische und anthropologische Dimension des Geldes in ihrem Buch durchschimmern lässt, dem Phänomen Geld das Odium einer Macht zu nehmen, die wir spätestens seit Marx mit Selbstentfremdung bezeichnen. Pettifor hält dagegen, dass das Geld eine große kulturelle Erfindung sei. Dank der Geldschöpfung mittels gegenseitiger Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft etwas wagen, wozu sie sonst nicht imstande wäre, wenn sie nur auf das bloß Vorhandene, das Ersparte angewiesen wäre.

Dem Leser von Pettifors Werk wird zunehmend klar, dass dieser Griff über das bloß Gegebene hinaus, in das versprechende und zugleich verpflichtende Noch-Nicht, eine der wichtigsten Quellen der zivilisatorischen Dynamik darstellt, wobei, das sei hier angemerkt, die Autorin mit solch weitgreifenden Thesen bescheiden umgeht. Sie sieht sich selbst in der Denktradition John Maynard Keynes', den sie auf eine innovative Weise als Geldtheoretiker liest. Als einen früheren Wegbereiter für diese Tradition erwähnt sie auch Georg Simmel, den Autor der *Philosophie des Geldes*. Über das Vertrauen und das Geld schrieb er:

Wie ohne den Glauben der Menschen aneinander überhaupt die Gesellschaft auseinanderfallen würde, – denn wie wenige Verhältnisse gründen sich wirklich nur auf das, was der eine beweisbar vom anderen weiß, wie wenige würden irgendeine Zeitlang dauern, wenn der Glaube nicht ebenso stark und oft stärker wäre, als verstandesmäßige Beweise und sogar als der Augenschein! – so würde ohne ihn der Geldverkehr zusammenbrechen.[5]

Eben deshalb ist es eine brennende Aufgabe, unterstreicht Pettifor und wir tun es mit ihr, die Geldschöpfung der Gesellschaft zurückzugeben und es in den politischen Raum, dem es genuin angehört, zurückzuführen. Derzeit befindet sich Geldproduktion leider Gottes außerhalb des Politischen. Unter dem Politischen versteht Ann Pettifor, ganz im Sinne von Hannah Arendt, den Raum der demokratischen öffentlichen Debatte.

In der heutigen Zeit ist Geld vorwiegend digitales Kreditgeld, das nicht nur außerhalb der Öffentlichkeit „produziert wird", sondern sich auch dem Wissen der Gesellschaft entzieht. Es lasse sich darüber nicht diskutieren, höchstens in der Form, dass die Mittel knapp seien, was die politische Debatte entarten lässt; Populismus jeglicher Art ist nur eine der Folgen dieser Entwicklung. Hinzu kommt, dass die menschliche Arbeit und die Erde als beschränkte Ressourcen für die nach mathematischen Algorithmen wachsenden Schuldenberge herhalten müssen, denn diese steigen als abstrakte Größen prozentual in die Höhe, während sich die natürlichen Reserven, darunter nicht zuletzt der menschliche Körper und menschliche Geist nur langsam regenerieren, während ihnen aber immer mehr Leistung abgepresst wird.

Ann Pettifors Formel, dass das Geld „aus dem Nichts" geschöpft wird und deshalb für die Bedürfnisse der Gesellschaft immer vorhanden sein könnte, haftet etwas Zauberhaftes an. Wir wissen aber, wie es Goethes leichtsinnigem Zauberlehrling ergangen ist. Er steht in Pettifors Buch als Symbol für unsere Zeit der globalen Finanzwirtschaft. Wir leben in einer Zeit des leichten und zugleich teuren Geldes. Ausgegeben wird es allzu oft für Dinge, die keine Zukunftsperspektive eröffnen. Das betrifft bei weitem nicht nur Entscheidungen auf Milliardenebene; Ann Pettifor führt an einer Stelle auch das Beispiel einer englischen Schönheitsklinik an. Wer sich da entschieden hat, Kunde zu werden, dem wurde gleich ein angeblich äußerst günstiger Kredit angeboten.

Indem Pettifor die Frage der Geldschöpfung zu einer politischen macht, provoziert sie uns zum Denken und Umdenken. Sie folgt hier, ohne sich darauf zu beziehen, dem Vorbild Hannah Arendts. In den letzten Zeilen der Vita activa, lobt Arendt ausgerechnet das Denken, das sie bisher zugunsten des Handelns außer Acht gelassen hatte. Sie diagnostiziert – aus anderen Gründen als Pettifor es tut – eine Verengung und Entmachtung des Politischen in der Moderne, insbesondere des politischen Handelns. Damit das Handeln aber ein wirklich politisches ist, braucht es freies und mutiges Denken. Arendt kommt zu dem paradoxen Schluss, dass „das reine Denken alle Tätigkeiten an schierem Tätigsein" übertrifft.[6] Ann Pettifors „Plädoyer gegen die Macht der Banken" setzt sich zum Ziel, uns zu solch reflexivem Tätigsein zu veranlassen. Denn wenn es sich mit dem Geld so verhält, können wir ein Experiment machen und die Perspektive umkehren. Zum Kredit gehören beide Seiten; der, der ihn anbietet, und der, der ihn nimmt. Auch wenn der Einzelne in seiner Isolierung nicht zählt, stellen doch die unzähligen kleinen Geldentscheidungen, die wir täglich treffen, insgesamt eine große Macht dar. Sie sind es, zusammengenommen, die die größte Quelle der Geldschöpfung ausmachen. Mir scheint es nicht verfehlt, hier eine Parallele zu den Ideen der Genossenschaftsbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts zu sehen. Pettifor hat keine staatliche Kontrolle der Geldmenge und keine zentralistische Verwaltung im Auge, sondern bewusstes Handeln der Bürger.

Die Bürger haben im Grunde mehr Macht über die Produktion des Geldes, als sie wahrzunehmen gewohnt sind, meint Ann Pettifor. Der Eigendynamik des exzessiven Konsums, das durch Werbung und allgegenwärtige Kreditangebote und anderem angekurbelt wird und die aus uns atomisierte Kunden macht, muss ein Handeln entgegengesetzt werden, das zwischenmenschliche Wirklichkeiten, in denen wir leben, mit einschließt: insbesondere das Wohlergehen der Gesellschaften und Gemeinschaften, deren Mitglieder wir sind, denn indem wir mit dem Geld umgehen, nehmen wir die Erde und uns selbst in Pacht mit Blick in die ungewisse Zukunft. Sobald

wir die Geldfrage so stellen, offenbart sich das ganze Spektrum verwandter Themen, die berücksichtigt und mitdiskutiert werden müssen: in erster Linie die Umwelt, der Lebensstil, die Werte, auch die Religion und vieles mehr, was gerade zur Debatte steht.

Ann Pettifor geht auch auf die Frage ein, ob der Kapitalismus die Demokratie als seine Voraussetzung braucht. Wir sind ja seit einigen Jahrzehnten Zeugen des ökonomischen Aufstiegs von Staaten, die das Gegenteil zu beweisen scheinen. Ihre Antwort in dieser Debatte lautet: „Die Deregulierung des Finanzsektors hat gezeigt, dass ein von der Demokratie isolierter Kapitalismus zu Renditegier, Kriminalität und Korruption in großem Stil verkommt".[7]

Nicht zuletzt verbindet Ann Pettifor auch in ihrer Biographie das Arendtsche Prinzip der Wechselwirkung von Denken und politischem Handeln. Geboren und aufgewachsen in Südafrika, ist sie Mitbegründerin der weltweiten Kampagne „Jubilee-2000". Dank dieser Initiative wurden 35 Entwicklungsländern Schulden in einer Gesamthöhe von rund 100 Milliarden US-Dollar erlassen. Zu den vielen Initiativen, an denen sie mitwirkt, zählt u. a. Kampagne MamaYe, die sich für die Gesundheit von Schwangeren, jungen Müttern und Babys in Afrika einsetzt. Pettifor hat die Weltwirtschaftskrise 2008 vorausgesagt und früh vor ihr gewarnt. Sie ist Direktorin des Netzwerks Policy Research in Macroeconomics, das sich mit der Keynesisnischen Geld- und Politiktheorie beschäftigt.

Da für Hannah Arendt die Sprache und das Leben des Geistes aufs Engste miteinander verschränkt sind, sei unterstrichen, dass Ann Pettifors Werk in einer Sprache verfasst ist, die es für einen breiten Kreis von Nichtspezialisten lesbar macht. Dies ist kein Nebeneffekt, sondern Kern der Aufgabe, für die sie plädiert: dass die Geldproduktion der Gesellschaft zurückgegeben werden soll und muss, aber dazu brauchen wir Wissen und eine Sprache, welche die politische Debatte möglich macht. Diese Sprache zu gewinnen, ist der erste notwendige Schritt. Auch wenn wir dann mit und womöglich gegen Ann Pettifor streiten sollten, muss zuerst ein fehlendes Stück unserer Streitkultur hergestellt werden. Wir hoffen, dass es dazu kommen wird, auch dank des Hannah-Arendt-Preises für politisches Denken.

Monika Tokarzewska studierte Polonistik und Germanistik an der Warschauer Universität, ist Assistentin am Lehrstuhl für Germanistik, Nikolaus Kopernikus-Universität Toruń.

[5] Georg Simmel: Philosophie des Geldes, Frankfurt/Main, 2001, S. 215.
Englische Version: Without the general trust that people have in each other, society itself would disintegrate, for very few relationships are based entirely upon what is known with certainty about another person, and very few relationships would endure if trust were not as strong as, or stronger than, rational proof or personal observation. In the same way, money transactions would collapse without trust.(Georg Simmel: Philosophy of Money, übersetzt von David Frisby, S. 191)

[6] Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 2002, S. 414. [7] Die Produktion des Geldes, S. 37.

Vortrag Ann Pettifor

„Wo es Politik gibt, das gibt es Freiheit“
Rede zur Verleihung des Hannah-Arendt-Preises
für politisches Denken 2018

Wenn Sie erlauben, würde ich gerne beginnen, indem ich die Worte Hannah Arendts wiedergebe, als sie den Lessing Preis 1959 von der Freien und Hansestadt Hamburg verliehen bekam: „Der Preis ist eine Ehrung, die uns eine sehr eindringliche Lektion in Bescheidenheit erteilt. Aber die Ehrung mahnt uns nicht nur auf besondere, unüberhörbare Weise an die Dankbarkeit, die wir der Welt schulden; sie ist darüber hinaus in einem sehr hohen Maße weltverpflichtend.“ Ihre damalige Rede trug den Titel *Von der Menschlichkeit in finsteren Zeiten*.

Es ist sowohl außergewöhnlich als auch erfreulich, dass die Stadt Bremen und die Heinrich Böll Stiftung gerade in diesen Zeiten den Preis mir, einer britischen Staatsbürgerin, verleihen möchten. Indem ich ihn annehme, verpflichte ich mich, mein Engagement in der Welt aufrechtzuerhalten.

Ich möchte der Stadt und der Stiftung danken, nicht nur für den Preis, sondern auch für die Gelegenheit, Hannah Arendt wiederzuentdecken. Ihre Werke erneut zu lesen hat Emotionen geweckt, die allgemein wohl als „sich verlieben“ bezeichnet werden können. Ich habe die blendende Klarheit ihrer Gedanken wiederentdeckt (obwohl ihr Stil durchaus sehr drückend sein kann!), ihre gründliche und furchtlose Suche nach der Wahrheit (wie während des Eichmann-Prozesses) und ihren unerschütterlichen Mut, als ihre Arbeit auf Empörung traf.

Es wäre überwältigend gewesen sie kennenzulernen, mit ihr einen Kaffee in einem geschäftigen Bistro zu trinken, während sie eine Zigarette pafft. Es wäre wundervoll gewesen, eine ihrer Schülerinnen zu sein. Es ist eine Ehre und eine Freude, heute hier zu stehen und mit einer Frau assoziiert zu werden, so international bekannt, so intellektuell couragiert und so beeindruckend wie Hannah Arendt.

Sie lebte während furchtbar dunkler Zeiten. Heute stehen wir in Europa und der ganzen Welt Herausforderungen gegenüber, denen auch ihre Generation gegenüberstand – einem beängstigenden Anstieg von Anti-Semitismus, Rassismus, Nationalismus und sogar Faschismus. Wir können diesen Bedrohungen nur entgegentreten, indem wir politisch agieren und uns engagieren. Und da Hannah Arendt argumentierte, dass Politik Freiheit *ist*, müssen wir die Möglichkeiten unserer Politik nutzen, um unsere Freiheit zu schützen.

Ich habe Hoffnung, dass wir das menschliche Befinden verändern, dass wir die Gefahren, die uns begegnen, überwinden können. Das können wir erreichen, indem wir klar denken, indem wir mit unseren Mitmenschen interagieren, indem wir politisch handeln – mit dem von ihr gezeigten unerschütterlichen Mut handeln. Das bedeutet nicht, dass es keine dunklen Zeiten mehr geben wird. Die wird es geben. Jedoch wird es, seien Sie versichert, auch Veränderung geben.

Bertolt Brecht fragte:
„In den finsteren Zeiten
Wird da auch gesungen werden?
Da wird auch gesungen werden [antwortete er].
Von den finsteren Zeiten.“

Nichts in unserer heutigen Zeit erschiene Hannah Arendt fragwürdiger als unsere Haltung zur Welt, „zu einer Welt und Öffentlichkeit nämlich, welcher wir den Raum verdanken, in dem wir sprechen und in dem wir gehört werden.“

Politik, sagte sie, befasst sich mit der Koexistenz und dem Miteinander unterschiedlicher Männer (und Frauen). Politik basiert auf dem, was zwischen Männern und Frauen liegt und als Beziehungen etabliert wird.

Als hellhäutige Südafrikanerin wuchs ich unter dem rassistischen und unterdrückenden Afrikaaner-Nationalismus-Regime auf, das Millionen dunkel- und hellhäutigen Menschen die Freiheit verwehrte, mit- und nebeneinander zu existieren. Dunkelhäutigen Menschen wurde aufgrund ihrer Hautfarbe die Freiheit einer sicheren Existenz von der Wiege bis zur Bahre verweigert. Ihnen wurden die Menschenrechte abgesprochen, die das Privileg der hellhäutigen Südafrikaner waren.

Doch vor allem verweigerte das Afrikaaner-Nationalismus-Regime, das beinahe 50 Jahre von 1947 bis 1994 regierte, der dunkelhäutigen Bevölkerung die Freiheit des politischen Aktivismus – nicht nur das Recht für eine Regierung ihrer Wahl zu stimmen. Sondern auch das Recht auf Bündnisse.

Bereits 1950 wurde die Zensur in der Gesetzgebung zur inneren Sicherheit verankert, die auf dem Suppression of Communism Act [Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus] basiert. Dies untersagte das Zitieren gesperrter Personen sowie von Veröffentlichungen und Organisationen, darunter dem African National Congress (ANC), dem südafrikanischen Demokratenkongress, dem Pan African Congress (PAC), des Defense-and-Aid-Fonds, der südafrikanischen Kommunistischen Partei und der Afrikanischen Widerstandsbewegung. Das Verbot des von Nelson Mandela geführten ANC wurde erst 40 Jahre später, am 2. Februar 1990, aufgehoben.

Dunkelhäutigen Südafrikanern wurde das Recht abgesprochen politisch zu handeln. Das hat mich gelehrt, niemals Politik zu verspotten, sie zu belächeln oder von der Politik abzusehen, denn wo es Politik gibt, gibt es Freiheit.

Für Hannah Arendt ist der Sinn von Politik Freiheit. Und diese Freiheit wurde nicht negativ verstanden – mit anderen Worten, sie wurde nicht als „nicht beherrscht oder versklavt" verstanden. Stattdessen war es Freiheit, die den Staat – die Menschen – befähigte, sich politisch zu engagieren, sich mitzuteilen, zu verstehen und schließlich zu handeln.

"This freedom to interact in speech with many others ... is not the end purpose of politics" wrote Arendt.

"It is rather the substance and meaning of all things political. In this sense, politics and freedom are identical, and wherever this kind of freedom does not exist, there is no political space in the true sense."

Es sollte daher wenig überraschen, dass ich das Ergebnis der südafrikanischen Zustände während meiner Kindheit und Jugend bin. Ich habe Glück, denn ich bin politisch. Ich habe eine unfreie und größtenteils unpolitische Gesellschaft durchgestanden.

Als junge Frau hatte ich keine Wahl als gegen diese Unfreiheit zu rebellieren und politisch aktiv zu werden. Im Südafrika der Apartheid Mensch zu sein – meine rassistische, kolonisierte und gespaltene Gesellschaft „in ihrer Objektivität und Sichtbarkeit von allen Seiten" zu verstehen – bedeutete, *"to interact in speech with many others and experience the diversity that the world always is, in its totally."* In den abgetrennten und geschlossenen Gemeinden der weißen Südafrikaner gefangen zu sein war nicht menschlich.

Damals – als Studentin in den 1960er Jahren in Johannesburg – war Politik schwierig, sie war gefährlich und sie schien hoffnungslos. Doch sie war nicht hoffnungslos. Unser Handeln – unsere Entschlossenheit Wege zu finden, mit dunkelhäutigen Studenten zu interagieren, gegen ein schwer bewaffnetes und augenscheinlich unbezwingbares rassistisches Regime zu protestieren, unsere Proteste zu internationalisieren, indem wir Bobby Kennedy einluden, vor Studenten der Universität zu sprechen – all diese kleinen Handlungen brachten uns – und letztlich dem Land – mehr Freiheit.

Für mich war die Freilassung Nelson Mandelas 1989 und der darauffolgende Zusammenbruch der Apartheid ein „Wunder". Deswegen bin ich optimistisch gegenüber der Zukunft. Denn ich habe eine Politik großer Veränderungen durchlebt und erfahren.

Ich habe eine Zeit erlebt, in der beinahe über Nacht die augenscheinlich unbezwingbare Sowjetunion zusammenbrach, Deutschland wiedervereint wurde und Europa sich veränderte.

Ich habe eine tragende Rolle in einer globalen Bewegung – Jubilee 2000/Entwicklung braucht Entschuldung – gespielt, die Millionen Menschen in über 60 Ländern mobilisierte – und politisierte –, reiche und mächtige Kreditnationen davon zu überzeugen, den ärmsten Ländern ihre Schulden zu erlassen. Während des 25. G8-Treffens 1999 in Köln, begannen Kanzler Schröder und die anderen Regierungsoberhäupter die Durchführung – das „Wunder" – der Tilgung von über 100 Milliarden Dollar Schulden, verteilt auf 35 der ärmsten Länder weltweit.

In den 1990er Jahren und im Zuge der Jubilee 2000/Entwicklung braucht Entschuldung-Bewegung betraten wir neue Wege, indem wir das Internet nutzten, um die Millionen Menschen zu erreichen und zu mobilisieren, die hinter unserem Ziel der Schuldentilgung bis zum Jahr 2000 standen, und mit ihnen zu diskutieren und debattieren. Das Internet gab uns die Möglichkeit zusammenzuarbeiten, über Grenzen hinaus zu denken und zu debattieren, und politisch zu handeln – das Machtverhältnis zwischen internationalen Gläubigern und Schuldnern zu verändern. Um zusammenzukommen, um sich einzusetzen, um für den Beginn des Wandels der Menschheit einzutreten.

Und jetzt müssen wir zusammenkommen, um die dreifache Krise zu bewältigen, mit der wir konfrontiert sind: ein global vernetztes und systemisches Finanzsystem, das anfällig für Krisen ist, der Klimawandel und drittens die „Energiekrise", die durch die Verlagerung weg von fossilen Brennstoffen verursacht wurde, die notwendig ist, um den Klimawandel abzuschwächen.

Denn in diesen dunklen Zeiten, und zusätzlich zu den menschlichen Ängsten, sehen wir uns einer noch ernsteren Bedrohung gegenüber: dem Zusammenbruch des Planeten. Es ist eine Bedrohung, die so ernst ist, dass sie den Verstand abschreckt. Das Ausmaß der Gefahr ist für die meisten Bürger unverständlich – jenseits unserer Vorstellungskraft.

So wie wir uns die globale Finanzkrise 2007 bis 2009 nicht vorstellen konnten und von dem Ausmaß und der Schwere der Krise verblüfft waren. Aber obwohl wir uns das vorstellen müssen, ist die Gefahr eines Klimawandels für diejenigen in Kalifornien oder im Nahen Osten, in Griechenland oder in Indien, die Häuser, Lebensgrundlagen und Leben durch Brände und Überschwemmungen verloren haben, nicht mehr imaginär.

Zehn Jahre nach der GFC wurde die „fantastische, selbstregulierende Maschinerie", die das globale Finanzsystem antreibt, nicht unter demokratische Verwaltung gestellt. Das liegt meiner Meinung nach daran, dass Ökonomen, Politiker, aber auch wir, die Öffentlichkeit, die Aktivitäten des Finanzsektors ignoriert haben. Wir Frauen glaubten, dass die Finanzbranche für „Männer in Nadelstreifenanzügen" sei – diejenigen, die das gemeistert hätten, was wir als die Komplexität des Währungssystems, hypothekarisch gesicherte Wertpapiere, besicherte Schuldverschreibungen, strukturierte Investitionen ... und so weiter angesehen haben. Und so überließen wir die globalisierte Finanzbranche den „Herren des Universums". Unsere Unwissenheit machte uns hilflos, aber auch impotent.

Wir können es uns nicht mehr leisten, das Finanzwesen den wenigen auf den globalen Kapitalmärkten tätigen Unternehmen zu überlassen. Vor allem wir Frauen müssen ein Thema in den Griff bekommen, das, wie ich Ihnen versichern kann, keine Raketenwissenschaft ist. Es mag in eine Sprache gekleidet sein, die die wahren Aktivitäten des Sektors verbergen und verbergen soll – aber es ist keine Raketenwissenschaft. Wir müssen unser Verständnis für die internationale Finanzarchitektur und das Währungssystem stärken.

Ich weiß, dass dies möglich ist, denn Millionen von einfachen Männern und Frauen, viele tausend deutsche Männer und Frauen, haben das internationale System der Staatsverschuldung in seiner ganzen Komplexität in den Griff bekommen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten von mehr als 30 Ländern mit niedrigem Einkommen verändert.

Daher sind Verständnis, gemeinsame Diskussion und Debatte entscheidend für den Wandel. Wir können nicht das verändern, von dem wir nicht wissen, dass es existiert; oder das, was wir nicht verstehen. Wir wurden von den Sirenen des Marktes verführt. Solange wir unsere Kreditkarten benutzen konnten, wurden wir dazu gebracht, uns zufrieden zu fühlen. Solange wir Geld von Maschinen beziehen konnten, wo immer wir um die Welt reisten, war die Globalisierung für uns in Ordnung. Vor allem wurden wir dazu verleitet, mit der Finanzwirtschaft zum Einkaufen zu gehen – um den Konsum zu steigern. Wie bei Autos, die an Tankstellen ankommen, haben wir uns gerne mit finanziellem Treibstoff bei unseren Banken oder online eingedeckt – ohne zu verstehen, ob der finanzielle Treibstoff nachhaltig war. Und wir nutzten – oder ließen uns vom Finanzkapitalismus überreden das Geld zu nutzen, das wir uns geliehen oder verdient hatten, um den Konsum zu steigern. Und so trieb EasyMoney die Easy-„Markenfamilie" voran: EasyEnergy, EasyProperty, EasyShopping und EasyJet.

Einer der Gründe, warum ich es für wichtig halte, dass wir in Bezug auf die Finanzen politisch werden, ist, dass wir lernen, das System zu verstehen, mit anderen zusammenarbeiten, uns zu verbinden und letztendlich uns zu organisieren – weil ich überzeugt bin, dass es eine direkte Verbindung zwischen EasyMoney, EasyShopping und EasyJet gibt. Mit anderen Worten, zwischen unregulierter Kreditvergabe, Konsum und toxischen Emissionen.

Bis die Grünen verstehen, dass wir diese Aktivitäten nicht in ihren getrennten Lagern halten können – dass wir zuerst das Finanzsystem regulieren müssen, wenn wir den Verbrauch steuern und die toxischen Emissionen reduzieren wollen – werden unsere Bemühungen zur Verhinderung und Milderung des Klimawandels sinnlos sein.

Natürlich hat unsere verschwenderische Verbrennung fossiler Brennstoffe bereits zu einem Klimasturz geführt – und wir waren zu langsam, zu ängstlich, zu gierig, um es anzugehen. Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hat uns gefangen gehalten. Wir hatten nicht die Freiheit, politisch zu handeln, um einen Zusammenbruch des Planeten zu verhindern. Bis jetzt.

Einige, vor allem junge Menschen, fliehen aus dem Käfig der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und säen Samen der Hoffnung. Auf der ganzen Welt setzen sie sich für die Rettung des Planeten ein und fordern einen Green New Deal. Aber vielleicht am wichtigsten ist, dass diese jungen Menschen in dem aktiv sind, was viele als den „Bauch der Bestie" wahrnehmen – dem Kongress der Vereinigten Staaten. Sie werden von einer jungen Frau – Alexandria Ocasio Cortez aus New York – und einer als Justice Democrats bekannten Gruppe angeführt. Unmittelbar nach den jüngsten Zwischenwahlen haben sie ihre Freiheit genutzt, um Raum für Diskussionen über Alternativen zu einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft zu schaffen – und um politisch zu handeln. Sie besetzten einen Teil des US-Kongresses, um Veränderungen zu fordern.

Zehn Jahre zuvor, im Jahr 2007, versammelte sich seit mehr als einem Jahr regelmäßig eine viel ältere Gruppe von Menschen – eine Gruppe von Ökonomen, Energieexperten und Umweltschützern (einschließlich Caroline Lucas, die damalige grüne Europaabgeordnete) – in unserer kleinen Wohnung nahe der Baker Street, London. Wir haben uns zusammengetan, um ein Dokument zu entwerfen, das die „dreifache Krise" angeht – die Kombination aus einer kreditgetriebenen Finanzkrise, der Beschleunigung des Klimawandels und steigenden Energiepreisen –, gestützt auf das, was wir damals fälschlicherweise für einen unkontrollierten Höhepunkt der Ölproduktion gehalten hatten. Diese drei sich überschneidenden Ereignisse drohten, so argumentierten wir, zu einem Unwetter zu werden, wie es seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr zu sehen war. Um dies zu verhindern, entwarfen und veröffentlichten wir 2008 A Green New Deal.

Nach der Publikation unseres Berichts, sprachen wir mit vielen anderen und machten dabei die Erfahrung, wie vielfältig die Welt ist (Arendt Zitat: we *"interacted in speech with many others to experience the diversity that the world always is, in its totally"*).

Viele unterstützten unseren Bericht, darunter angesehene Persönlichkeiten der Vereinten Nationen und die Regierungsoberhäupter kleiner exponierter Volkswirtschaften. Wie Sie alle wissen hat die Heinrich Böll Stiftung 2009 *Toward a Transatlantic Green New Deal/Auf dem Weg zu einem Green New Deal veröffentlicht, 2010 den Artikel Green New Deal in Ukraine? The Energy Sector and modernizing a National Economy und 2011 den Beitrag Protests for Social Justice: A Green New Deal for Israel?/Proteste für soziale Gerechtigkeit: Ein Green New Deal für Israel?*

Er wurde als Teil der Kampagne der Europäischen Grünen Partei bei den Parlamentswahlen der EU im Jahr 2009 verwendet.
Die US-amerikanische Präsidentschaftskandidatin Jill Stein setzte unseren Bericht in ihren Kampagnen von 2012 und 2016 ein.

Anfang 2018 klopften dann zwei Amerikaner an meine Tür. Es waren Zack Exely und Saikat Chakrabarti von den Justice Democrats. Sie waren von Gegnern wegen der wirtschaftlichen Lage herausgefordert worden. Wie wollten sie den Wirtschaftswandel weg von fossilen Brennstoffen – den Green New Deal – finanzieren? Sie hatten mein kurzes Buch *The Production of Money* gelesen und wollten mit britischen Wirtschaftswissenschaftlern zusammenarbeiten, um die Frage zu beantworten, wie die Geldpolitik (nicht nur die Steuerpolitik) gesteuert werden kann, um den Green New Deal zu finanzieren. Sie waren besonders beeindruckt von Keynes Behauptung in seiner berühmten Rede „National Self Sufficiency" an der Yale University im Juni 1933, dass wir, dank der soliden Entwicklung der Währungssysteme und gestützt durch lebenswichtige Institutionen, uns leisten können, was wir schaffen können. Dass wir uns leisten können, was wir tun können – innerhalb unserer eigenen physischen Grenzen und innerhalb der Grenzen des Ökosystems.

Kurz darauf trafen sich Zack und Saikat mit Miss Osario-Cortez und überredeten sie, den amtierenden New Yorker Demokraten in den Vorwahlen herauszufordern. Zum Erstaunen und zur Freude aller hat sie gewonnen. Dank ihrer politischen Tätigkeit – dank ihrer Freiheit, politisch zu handeln – bewegen sich die Forderungen nach einem Green New Deal nun in den politischen Mainstream der USA.

Das gibt mir Hoffnung. Denn gemeinsam haben wir den Raum geschaffen, in dem Menschen mit Worten und mit Aktion interagieren können – und in diesem Raum wird Politik lebendig und Veränderungen sind möglich.

Hannah Arendt schrieb (in *What is Freedom?*), es sei notwendig:
"to be prepared for and expect 'miracles' in the political realm. And the more heavily the scales are weighted in favour of disaster, the more miraculous will the deed done in freedom appear ..."
„für und in Erwartung von ‚Wundern' im politischen Bereich gewappnet zu sein. Und je mehr sich die Waagschalen gen Desaster neigen, desto wunderbarer wird die in Freiheit ausgeführte Handlung erscheinen."

Objektiv betrachtet, sind Männer und Frauen die Anfänge und die Anfänger, schreibt sie.
"The decisive difference between the 'infinite improbabilities' on which the reality of our earthly life rests and the miraculous character inherent in those events which establish historical reality is that, in the realm of human affairs, we know the author of the 'miracles'.
It is men and women who perform them – because they have received the twofold gift of freedom and action and can establish a reality of their own."

„Der entscheidende Unterschied zwischen den ‚unendlichen Unwahrscheinlichkeiten', auf denen die Realität unseres irdischen Lebens beruht, und dem wunderbaren Charakter derjenigen Ereignisse, die die historische Wirklichkeit begründen, besteht darin, dass wir im Bereich der menschlichen Angelegenheiten den Urheber der ‚Wunder' kennen.
Es sind Männer und Frauen, welche sie vollbringen – weil sie das zweifache Geschenk der Freiheit und Handlungsfähigkeit erhalten haben und eine eigene Realität schaffen können."

In meinem Leben habe ich ‚Wunder' erlebt, die von Männern und Frauen vollbracht wurden. Aus diesem Grund und solange wir frei und politisch sind, werde ich von der Hoffnung getragen.

Vielen Dank.

Ann Pettifor ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin, Leiterin von „Policy Research in Macroeconomics (Prime)" und Vorstandsmitglied des „Progressive Economy Forum" in London

Hannah Arendt Prize Acceptance Speech by Ann Pettifor

Winner, Heinrich Böll Foundation's Hannah-Arendt-Prize, 2018.
Council Member, Progressive Economy Forum.
Director, Policy Research in Macroeconomics (PRIME)
15 November, 2018.

If I may, I would like to begin by echoing Hannah Arendt's words when she accepted the Lessing Prize in 1959 from the Free City of Hamburg.

… The prize is "an honour (that) gives us a forcible lesson in modesty. The honour not only reminds us emphatically of the gratitude we owe the world; it also, to a very high degree, obligates us *to* it … by accepting it we are not only strengthened in our position within the world but are accepting a kind of commitment to it." Her address then was titled: *On Humanity in Dark Times*.

It is both extraordinary but also humbling and gratifying that, given the times we are living through, the City of Bremen and the Heinrich Böll Foundation should consider making this award to me, a British citizen. By accepting it I am obligated to maintain my commitment to the world.

I would like to thank the City and the Foundation, not just for the award, but also for the opportunity to rediscover Hannah Arendt. Reading her work again has elicited emotions generally associated with 'falling in love'. I have rediscovered the blinding clarity of her thought (even while her writing can be pretty dense!); her forensic and fearless investigations of the truth (as in the Eichmann trial) and her fierce courage when her work was met with outrage.

It would have been extraordinary to have known her, to have sipped coffee with her in a noisy café, while she puffed away at a cigarette … It would have been marvellous to have been one of her students. It is both an honour and a delight, today, to find myself standing here, vicariously associated with a woman as internationally renowned, as intellectually courageous and as formidable as Hannah Arendt.

She lived through terrible *Dark Times*. Today both in Europe and in our globalised world, we face some of the same challenges her generation faced – of a frightening rise in anti-semitism, racism, nationalism and even fascism. We can only tackle these threats by engaging and acting politically. And because politics *is* freedom Hannah Arendt argued, we must use the opportunity of the politics we have created to protect our freedom.

I am hopeful that we can transform the human condition, that we can overcome the threats we face. We can do it thinking with forensic clarity, by interaction with our fellow human beings, and then by political action – acting with the kind of fierce courage she demonstrated.

That is not to say, that there will not be more dark times. There will be. But, rest assured, there will be transformation too.

Bertolt Brecht famously asked:
"In the dark times
Will there also be singing?
Yes, – he replied – there will also be singing.
About the dark times."[1]

Nothing in our time is more dubious it seemed to Hannah Arendt, than our attitude to the world. "A world and public to which we owe the space into which we speak and in which we are heard." Politics, she argued, deals with the coexistence and association of *different* men (and women).

Politics arises in what lies *between men and women* and is established as relationships.

[1] Bertolt Brecht, Ralph Manheim (1987, p.320). "Poems, 1913-1956", Taylor & Francis

As a white South African I grew up under the racist and repressive Afrikaner Nationalist regime of apartheid – that denied millions of black and white people the freedom of association and coexistence. Black people were by dint of their skin colour, denied the freedom of a safe and secure existence from the cradle to the grave. They were denied the human rights that were the privilege of alienated white South Africans.

But above all the Afrikaner Nationalist regime, which governed for nearly 50 years from 1947 – 1994 denied black South Africans the freedom to enter politics – not just the freedom to vote and to elect a government of their choice.

But also the freedom of association.

As far back as 1950 censorship was enshrined in internal security legislation based on the Suppression of Communism Act. This prohibited the quoting of banned persons as well as of publications and organisations, including the African National Congress (ANC), South African Congress of Democrats, Pan African Congress (PAC), Defence and Aid, South African Communist Party and the African Resistance Movement. The ANC led by Nelson Mandela was only unbanned forty years later, on 2 February, 1990.

Black South Africans were denied the right to be free to act politically.

That taught me never to mock, deride or to refrain from politics, because where there is politics, there is freedom.

For Hannah Arendt the *meaning* of politics *was* freedom. And that freedom was not understood negatively – in other words it was not understood 'as not being ruled over or enslaved.' Instead it was freedom that enabled the polity – the people – to engage, to share, to understand and then to act – politically.

"This freedom to interact in speech with many others..is not the end purpose of politics" wrote Arendt.

"It is rather the substance and meaning of all things political. In this sense, politics and freedom are identical, and wherever this kind of freedom does not exist, there is no political space in the true sense."[2]

So it should come as no surprise that I am the product of the South African condition of my childhood and adolescence. I am fortunate in that I am political. I have endured an unfree and largely apolitical society.

[2] Ibid. p. 130

As a young person I had no choice but to rebel against that unfreedom, and engage in politics. To be human in South Africa under apartheid – to understand my racist, colonised and divided community "in its objectivity and visibility from all sides" – it was necessary to "interact in speech with many others and experience the diversity that the world always is, in its totally."

To be locked up behind the segregated and gated communities of white South Africans – was to be less than human.

At the time – in the late 1960s as a student in Johannesburg – politics was hard, it was dangerous, and it seemed hopeless. But it was not hopeless. Our actions – our determination to find ways to interact with black students; to protest against a heavily armed and apparently impregnable racist regime; to internationalise our protests by inviting Bobby Kennedy to address students at the University – all these small actions gave us – and ultimately the country – greater freedom.

For me the news of the release of Nelson Mandela in 1989 and the collapse of apartheid thereafter – was a "miracle".

That is why I am optimistic about the future because I have lived through and experienced the politics of great transformations.

I have lived through an era when seemingly overnight the apparently impregnable Soviet Union collapsed, Germany was reunited, and Europe transformed.

I have played a leading part in a global movement – Jubilee 2000 – which mobilised – and politicised – millions of people in more than 60 countries to persuade rich powerful creditor nations to cancel the debts of the poorest countries. At the 25th G8 summit held in Cologne in June, 1999, Chancellor Schroder and his fellow leaders began the process – the "miracle" – of cancellation (in nominal terms) of more than $100billion of sovereign debt owed by 35 of the poorest countries of the world.

Back in the 1990s, and through the Jubilee 2000 movement we broke new ground in the use of the internet and web to reach out to, discuss and debate and mobilise millions of people behind our goal of debt cancellation by the year 2000. The early internet gave us the freedom to work together, to think and debate across national boundaries, and to act politically – to transform the balance of power between international sovereign creditors and sovereign debtors.

To come together, to campaign, to advocate to begin to transform the human condition.

And now we must come together to tackle the conditions faced by our planet.

For in these dark times, and to add to human anxiety, we face an even graver threat: that of planetary collapse. It is a threat so grave that it repels the mind. The scale of the danger is incomprehensible to most citizens – beyond our imaginations. But while it is something we *must* imagine, for those in California, or the Middle East, or in Greece or in India – that have lost their homes, livelihoods and lives to fires and floods – this danger is no longer an imaginary one.

Our profligate burning of fossil fuels has already led to climate breakdown – and we have been too slow, too frightened, too greedy to tackle it. Our addiction to fossil fuels has held us captive. Those big, unaccountable, globalised corporations that profit from fossil fuels have kept us caged and impotent within the system.

We have not had the freedom to act politically to help prevent planetary collapse.

Until now.

Some, mainly young people, are escaping from the cage of fossil fuel addiction, and sowing seeds of hope. All over the world, they are calling for a Green New Deal. But perhaps most importantly they are in the belly of the beast – in the United States Congress. They are led by a young woman – Alexandria Ocasio Cortez of New York – and by a group known as Justice Democrats. Immediately after the recent midterm elections, they used their freedom to create space for debate about alternatives to an economy based on fossil fuels – and to act politically. They occupied a part of the US Congress to demand change.

Ten years before that, in 2007 a much older group of people – a clutch of economists, energy experts and environmentalists (including Caroline Lucas the Green MEP at the time) – for more than a year assembled regularly in our small apartment near Baker St, London. We came together "to draft a document that would tackle the "triple crunch". These were a combination of a credit-fuelled financial crisis, accelerating climate change and soaring energy prices – underpinned by what we thought then wrongly thought was an encroaching peak in oil production. These three overlapping events threatened, we argued, to develop into a perfect storm, the like of which has not been seen since the Great Depression. To help prevent this from happening we drafted and then in 2008 published *a Green New Deal*.

After launching our report, we "interacted in speech with many others to experience the diversity that the world always is, in its totally."

Many backed our report, including distinguished leaders of the United Nations and the leaders of small exposed economies.
It was, as you all know, adopted by the Heinrich Böll Foundation who published *Toward a Transatlantic Green New Deal* in 2009; *Green New Deal in Ukraine? The Energy Sector and modernizing a National Economy*

In 2010, and *Protests for Social Justice: A Green New Deal for Israel?* in 2011.

It was used as part of the campaign of the European Green Party in the EU Parliamentary election of 2009. Jill Stein, the Green Presidential candidate in the United States used it in her campaigns of 2012 and 2016.

Then in early 2018 two Americans knocked on my door. They were Zack Exely and Saikat Chakrabarti of the Justice Democrats. They had been challenged by opponents on their economics. How did they expect to finance the transformation of the economy away from fossil fuels – the Green New Deal? They had read the short book *The Production of Money* and wanted to work together with British economists on the question of how monetary policy (not just fiscal policy) could be managed, to finance the Green New Deal. They were particularly impressed by Keynes's assertion in his famous speech to Yale University in June 1933, 'National Self Sufficiency' that, thanks to the sound development of monetary systems, underpinned by vital institutions, *what we can create, we can afford*. That *we can afford what we can do* – within our own physical limits, and within the limits of the ecosystem.

Shortly after that, Zack and Saikat met up with Ms Osario-Cortez and persuaded her to challenge the sitting New York Democrat in the primaries. To everyone's astonishment and delight, she won.

Thanks to their political activity – thanks to their freedom to act politically – demands for a Green New Deal are now moving into the US political mainstream.

This gives me hope.

For together we have created the space in which people can interact with words and with action – and in that space politics comes alive and transformations are possible.

Hannah Arendt wrote (in *What is Freedom*) that it is necessary "to be prepared for and expect "miracles" in the political realm. And the more heavily the scales are weighted in favour of disaster, the more miraculous will the deed done in freedom appear …"
Objectively (men and women) are the beginnings and the beginners … she wrote.
"The decisive difference between the 'infinite improbabilities' on which the reality of our earthly life rests and the miraculous character inherent in those events which establish historical reality is that, in the realm of human affairs, we know the author of the 'miracles'".
It is men and women who perform them – because they have received the twofold gift of freedom and action and can establish a reality of their own."

In my life I have witnessed "miracles" performed by men and women. For that reason, and for as long as we are both free and political, I am hopeful.

Thank you.

Ein Kommentar Rudolf Hickel

Die Bankenwelt reformieren

Die jüngste Finanzmarktkrise hat sich bereits seit den Neunzehnhundertachtziger-Jahren herausgebildet. Die Lehmann-Brothers Pleite am 15. September vor zehn Jahren konnte am Ende nur noch symbolhaft den Zusammenbruch dieses neuen durch die Finanzmärkte getriebenen Spekulationskapitalismus sichtbar machen. Im Kern geht es um die ökonomische Wertschöpfung, die durch die Macht der Finanzmärkte kommandiert wird. Der Zusammenbruch dieser von der dienenden Funktion für die Wirtschaft und Gesellschaft relativ entkoppelten Finanzwirtschaft wirkte systembedrohend: Pleiten von Banken, Zusammenbruch des wichtigen Interbankenmarktes, Absturz der gesamtwirtschaftlichen Produktion (in Deutschland 2009 um 5 Prozent), Verlust an Arbeitsplätzen, Finanzierung von teuren Programmen zur Rettung von Banken durch den Steuerstaat. Vor allem aber ist die dadurch ausgelöste, tiefe Krise des Vertrauens in die Stabilität der geldwirtschaftlichen Grundordnung bis heute noch nicht überwunden. Im Gegenteil, die Ängste vor einem neuen Absturz zu Lasten der „kleinen Leute" ist groß und hat auf das Wahlverhalten Einfluss. Unlängst ist in einer Studie über die politischen Folgen von Finanzkrisen in den letzten 200 Jahren im „European Economic Review" erneut die Demokratiegefährdung dechiffriert worden. Nicht nur in Deutschland schlachten Rechte diese Akzeptanzkrise des Systems für ihre Politik aus.

Man sollte meinen, spätestens die Bedrohung der demokratischen Grundlagen der Gesellschaft führt dazu, die Ursachen und Folgen dieser Finanzmarktherrschaft schonungslos zu untersuchen, um dagegen eine Politik der Entmachtung der Finanzmarktoligarchie in Gang zu setzen. Jedoch, bis auf wenige rühmliche Ausnahmen, vor allem die Politik beratende „Mainstream-Econmics" versagt wieder einmal. Es nehmen die Versuche zu, die Krisenanfälligkeit des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu bagatellisieren, gar zu leugnen.

Gegen dieses interessengeleitete Verdrängen der Ursachen und Folgen der Finanzmarktkrise stemmt sich das so wertvolle Buch von Ann Pettifor. Der Titel signalisiert ein doppeltes Programm: Analyse der „Produktion des Geldes", der logisch konsequent „ein Plädoyer wider die Macht der Banken" folgt.

Es drängt mich, auf die vielen wertvollen Details dieser Analysearbeit einzugehen. Das geht an dieser Stelle leider nicht. Daher wenige Hinweise zu den wichtigsten Aussagen:

1. Das Buch ist vom unerschütterlichen Glauben an die Aufklärung als Basis des ökonomischen Machtabbaus zugunsten demokratischer Reformen geprägt („bereits allgemeines Verständnis für Geld, Kredit und die Funktionsweise des Banken- und Finanzsystems zu einer wirklichen Veränderung führen.").

2. Das Epizentrum der Finanzmarktkrise wird zu Recht in der Politik der Deregulierung der Finanzmärkte, also deren neoliberale Entfesselung, gesehen. Die Poitik hat bereits vor über30 Jahren dem Druck der renditegierigen Geldkapitalanleger/innen nachgegeben und die Ordnung des Geld- und Währungssystems demontiert. Der Start erfolgte am 27. Oktober 1986 mit Maggy Thatchers „Big Bang" am Finanzplatz London. Danach wurde eine „Internationale der Deregulierung" durchgesetzt, übrigens mit Bill Clinton 1999 durch die Aufhebung des Glass-Steagall Acts von 1932/33.

3. Gegen diese zerstörerische Deregulierungspolitik entwickelt Frau Pettifor detailliert die Alternative mit dem Ziel nachhaltiger Regulierungen des gesamten Finanzsystems. Durch ihre Neuordnung der Finanzwelt wird die Macht der Banken sowie der Finanzoligarchen („Raubritter) reduziert und damit das Finanzsystem wieder auf die dienenden Funktionen für die Wirtschaft und Gesellschaft konzentriert. Ordnungspolitisch hat Frau Pettifor Adam Smith („Wealth of Nations", 1776) auf ihrer Seite. Adam Smith hat sich im Rahmen eines Bankengesetzes mit der Frage

auseinandergesetzt, wann man mit einem Gesetz „die persönliche Freiheit … schützen, statt einschränken sollte". Die Antwort ist klar: „Wenn einige wenige dieses Naturrecht (persönliche Freiheit, R. H.) so nutzen, dass sie die Sicherheit des ganzen Landes gefährden können, so schränkt jede Regierung … dieses Recht gesetzlich ein, und zwar zu Recht."

4. Im Streit der ökonomischen Theorie ist Frau Pettifors Wirtschafts- und Währungsanalyse stark durch das Werk von John Maynard Keynes geprägt. Sie geißelt eindrucksvoll die weit verbreitete Behauptung, J. M. Keynes sei der Erfinder staatlicher Defizitpolitik. Welch ein Unsinn, darüber steht kein Wort in seiner „Allgemeinen Theorie" von 1936. Vielmehr hat Keynes die Entwicklung zum Kasinohaften des Kapitalismus durch wachsende Spekulationen, die für die Wirtschaft schädlich sind, erstmals beschrieben. Übrigens vergleichbar spricht Marx (3. Band „Das Kapital") vom „Spiel, das an der Stelle der Arbeit als die ursprüngliche Erwerbsarbeit von Kapitaleigentum erscheint".

5. Die Kritik an der Austeritätspolitik – also einer von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen völlig losgelösten staatlichen Einsparpolitik – ist Pflichtlektüre für die Anhänger der schwarzen/roten Null.

Ihr Plädoyer für eine abgestimmte Geld- und Fiskalpolitik lässt sich zur Offenlegung eines Dilemmas im Euroraum nutzen. Die Europäische Zentralbank, die seit September 2012 mit expansiver Geldpolitik („quantitative Easing") erfolgreich den Euroraum stabilisiert hat, ist durch eine restriktive Finanzpolitik („EU-Fiskalpakt") konterkariert worden.

6. Es muss dem Geldtheoretiker erlaubt sein, an dieser Stelle auf zwei besonders innovative Hinweise in diesem Buch einzugehen:

– Gegen die neoklassisch monetaristische Fehlsicht betont Frau Pettifor: Nicht das Sparen bestimmt das Investieren, sondern das Sparen ist die Folge von wirtschaftlichen Aktivitäten.

– Liebe Frau Pettifor, ich muss Ihnen mitteilen, ihre Ausführungen zur Geldschöpfung durch profitwirtschaftliche Banken im Rahmen der Kreditvergabe (FIAT-Geld) haben zu Missverständnissen im Vorfeld dieser Preisverleihung geführt. Wie Sie berichten, richtet sich gegen diese Buchgeldschöpfung die Vollgeldinitiative, die die Kompetenz einzig und allein der jeweiligen Zentralbank überlassen will. Zuerst äußern Sie ihre Sympathie, weil die Grundfragen der Geldschöpfung angesprochen werden. Dann kritisieren sie jedoch die Vollgeldinitiative eindrucksvoll mit einem Hinweis zur Mikroökonomie: Es sind doch die Kreditnehmer/innen der Banken – also die Kunden/innen –, die den Spielraum der Banken für die Geldschöpfung durch Kreditvergabe bestimmen. Deshalb bezeichnen Sie das Geldsystem als „trotz großer Macht der Geschäftsbanken" in „gewisser Weise demokratisch". Zu Ende gedacht: Die Giralgeldschöpfung wird völlig problemlos, wenn die Macht der Banken demontiert worden ist.

Mein zusammengefasstes Urteil: Ich bin als denkverwandter Ökonom darüber glücklich, dass sie den „Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2018" erhalten. Ihr Werk verdient diese Anerkennung in hohem Maße.

Möge dieser Preis der flächendeckenden Verbreitung Ihres Werkes dienen. Im Sinne Ihres Aufklärungsoptimismus geht es darum, gegen machtvolle Interessen die Bankenwelt zu reformieren. Jedenfalls werden im Sinn von Hannah Arendt durch diese Publikation die Demokratie und zivilisatorischen Kräfte durch Abbau der Finanzmarktmacht gestärkt.

Rudolf Hickel ist Wirtschaftswissenschaftler und war bis 2009 Direktor des ÑInstituts für Arbeit und Wirtschaft (IAW). 2017 wurde Hickel die Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen verliehen.

Ein Kommentar Dieter Rucht

Remarks on Engaged Scholarship

1. Wissenschaft oder Politik?

Die Preisträgerin Ann Pettifor arbeitet *im* Feld – aber auch *über* das Feld – der politischen Ökonomie. Das ist nicht mein Fachgebiet. Warum also sollte ausgerechnet ich hier und heute einen Kommentar abgeben? Zudem bin ich Frau Pettifor erst heute zum ersten Mal begegnet.

Es gibt es für mich zwei Anknüpfungspunkte, um über Ann Pettifor zu sprechen. Erstens: Sie engagiert sich in sozialen Bewegungen. Damit ist sie auch für mich, der sich unter anderem mit dem Problem von Leadership und Funktionsrollen in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen befasst, von besonderem Interesse. Zweitens: Ann Pettifor agiert in einer Doppelrolle als Wissenschaftlerin und politisch Engagierte. Mit Blick auf diese Doppelrolle interessiert mich nicht nur, wie andere damit umgehen. Vielmehr beschäftigt mich diese Doppelrolle anhaltend auch mit Blick auf meine Person, löst gelegentlich bei mir Irritationen und Selbstzweifel aus. Müssen diese Rollen nicht getrennt werden: hier die Sphäre der nüchternen, distanzierten und professionskonformen Analyse, bei der eigene Befindlichkeiten und Werturteile auszuklammern sind; dort die Sphäre der Interessen, der Werte, der Leidenschaften, des politischen Kampfes? Müssen wir also, ganz im Sinne Max Webers, strikt zwischen „Wissenschaft als Beruf" und „Politik als Beruf" trennen?

Die überwiegende Mehrheit derer, die im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb tätig sind, will diese beiden Sphären institutionell, aber auch im Handeln ein und derselben Person separieren. Auf der einen Seite steht also der Auftritt als WissenschaftlerIn, ganz dem Gebot der Objektivität, Wertneutralität und Faktentreue, kurz: der Wahrheit verpflichtet und gehorchend. Liegt nicht zuletzt darin die Quelle von wissenschaftlicher Seriosität und Reputation? Auf der anderen Seite steht der Auftritt als Bürgerin oder Bürger, geleitet von subjektiven Interessen, Meinungen und Forderungen, die sich auf öffentliche wie private Angelegenheiten beziehen und die im öffentlichen wie im privaten Raum ihren legitimen Ausdruck finden können.

2. Positionen zu wertgebundener Wissenschaft

Die Position des radikalen, auf strikter Objektivität beharrenden Szientismus erscheint mir unhaltbar. Es gibt sicherlich einzelne Aussagen im Wissenschaftsbereich, die im strengen Sinne Objektivität beanspruchen können. Dazu gehört etwa die Vorhersage und Erklärung einer Sonnenfinsternis oder die aufgrund repräsentativer Umfragen getroffene Feststellung, X Prozent der Bevölkerung im Lande Y seien mit der Arbeit ihrer derzeitigen nationalen Regierung unzufrieden. Jedoch halte ich es für unmöglich, strikt objektive Aussagen über komplexere gesellschaftliche, ökonomische, politische und kulturelle Sachverhalte zu treffen. Allein mit der Wahl unserer Begriffe und Konzepte eröffnen wir Assoziationsgehalte und Bedeutungshorizonte, in die Wertungen und Interessen eingelassen sind. Das gilt auch für die Bezeichnung umfassender gesellschaftlicher Formationen, also für Begriffe wie Kapitalismus, Fordismus, Neoliberalismus oder soziale Marktwirtschaft; das gilt selbst für dinglich Fassbares, beispielsweise für die Verwendung von Begriffen wie Fötus oder ungeborenes Baby. Wertungen sind schließlich leitend, wenn wir, auch unter Beteiligung von WissenschaftlerInnen, über normative Fragen urteilen und streiten.

Abgesehen vom radikalen Szientismus lassen sich in der explizit wertgebundenen Wissenschaft drei Grundpositionen typisieren. Die erste Position liegt nahe am Szientismus und wird etwa von Karl Popper vertreten. Er beharrt, wie die ihm folgenden kritischen Rationalisten, auf der Möglichkeit objektiver Wissenschaft. Aber er räumt ein, dass wir erstens in der Wahl unserer Fragestellung interessen- und wertgeleitet vorgehen und zweitens im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess selbst von basalen Werten, der

Suche nach Wahrheit, dem Gebot der Wahrhaftigkeit, dem freien Austausch von Argumenten und Gegenargumenten geleitet werden sollen. Diesen Werten folgen zu wollen erscheint mir richtig. Aber wer meint, der Realbetrieb in den Sozial- und Geisteswissenschaften sei ganz überwiegend durch diese Werte bestimmt, ist blind gegenüber Erkenntnissen der Wissenschaftssoziologie. Sie weist unter anderem darauf hin, dass Konkurrenzdenken und Prestigesucht, Hierarchien, Karrierechancen, wissenschaftliche Paradigmen, Schulen und Zitierkartelle, gesellschaftlicher Problemdruck und nicht zuletzt Finanzierungsquellen und dahinter stehende Interessengruppen Einfluss auf den Wissenschaftsbetrieb nehmen. Sie prägen nicht nur, was erforscht wird, sondern auch welche Theorien und Methoden bevorzugt und welche Ergebnisse produziert werden. Das gilt wohl auch und in besonderer Weise für die Wirtschaftswissenschaften. Immerhin weiß der Mainstream innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften, vielleicht sogar einschließlich der politischen Ökonomie, zumindest ansatzweise um diese „wissenschaftsfremden" Faktoren. Aber er tendiert dazu, diese Faktoren zu beschweigen oder sie als punktuelle Verunreinigungen im Prozess einer prinzipiell „sauberen" Wahrheitssuche kleinzureden.

Die dem Szientismus diametral entgegengesetzte Position bezeichne ich als identitäre Intervention. In einer radikalen Variante wird sie in der Aktionsforschung praktiziert. Diese verlangt, dass sich ForscherInnen mit den Beforschten identifizieren und sich ganz in deren Dienst stellen. Eine solche Position, die etwa von manchen FeministInnen vertreten wird, erscheint mir nicht vertretbar. Erstens hätte sie die absurde Konsequenz, dass beispielsweise rechtsradikale Gruppen nur noch von rechtsradikalen ForscherInnen untersucht werden dürften. Zweites würde sie bedingen, Schwächen und Widersprüche einer beforschten Gruppe nicht öffentlich zu thematisieren, weil ansonsten die betreffende Gruppe Schaden nehmen könnte.

3. Engaged scholarship

Die dritte Position, auf die ich nun etwas ausführlicher eingehen will, umreiße ich mit dem Stichwort „engaged scholarship". Hier verorte ich Ann Pettifor. Sie liefert in ihrer Person ein herausragendes Beispiel für *engaged scholarship*, obgleich sie meines Wissens dieses Etikett nie für sich nicht beansprucht hat. Für diese Zuordnung gibt sie jedoch ein beredtes Zeugnis: das Zeugnis ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit und ihres praktischen Engagements, das Zeugnis ihrer Publikationen und Vorträge, schließlich das Zeugnis ihrer schriftlichen Antworten auf die vier Fragen, die ich Ann Pettifor zur Vorbereitung meines kleinen Beitrags gestellt habe.

Wissenschaft als gesellschaftlicher Auftrag

Wissenschaft kann auch und am Rande von persönlicher Neugier, von ideosynkratischen Motiven und skurriler Neugier getrieben sein. Aber in ihrem Kern, so das Verständnis von *engaged scholarship*, ist Wissenschaft kein Selbstzweck, nicht Wissenschaft um der Wissenschaft willen. Warum sonst sollte sie mit öffentlichen Mitteln finanziert werden? Vielmehr soll sie in einem umfassenden und radikalen Sinne *aufklären*, also dazu beitragen, Menschen aus ihrer „selbst verschuldeten Unmündigkeit zu befreien". Wissenschaft soll und muss sich somit gesellschaftlichen Problemen widmen und zu deren Lösung beitragen. Insofern hat sie auch ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und ihren Verwendungszusammenhang kritisch zu reflektieren und sich mit Blick darauf zu rechtfertigen. Um ein drastisches Beispiel zu wählen: Es geht nicht an, dass sich Wissenschaft dafür hergibt, Methoden der Folter zu optimieren oder gegenüber einer derartigen Verwendungsmöglichkeit ihrer Erkenntnisse indifferent bleibt.

Mit dem Anspruch auf Aufklärung begibt sich Wissenschaft zum einen in den primär *internen* Streit um die Richtigkeit, insbesondere die Validität und Reliabilität, ihrer empirischen Befunde, die Überzeugungskraft ihrer Erklärungen und Interpretationen; zum anderen beteiligt sie sich im primär öffentlichen und normativ aufgeladenen Streit um den Wert des wissenschaftlichen Tuns mit Blick auf die Gesellschaft. Vor allem auf diesem zweiten Terrain kommt Wissenschaft nicht umhin, sich im Hinblick auf die Geltung von Werten und die Legitimität von Interessen zu positionieren. So gesehen ist Wissenschaft nicht Kommunikation der Eingeweihten und Einverstandenen, sondern eine an Voraussetzungen gebundene Parteinahme. Hierbei kann Vernunft nur das beanspruchen, was „freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können", wie es Immanuel Kant formuliert hat.

Die Forderung nach „freier und öffentlicher Prüfung" birgt implizit die Anerkennung grundlegender Werte, an denen die Organisation von Gesellschaft insgesamt, insofern auch die Organisation des Wissenschaftsbetriebs, ausgerichtet sein sollte. In einer schlichten und vielleicht leerformelhaften Nennung bedeutet dies die Anerkennung von Pluralismus und Redefreiheit, die Wertschätzung des Zweifels, den Vorrang des Arguments gegenüber dem Glauben und Meinen, die Offenlegung eigener Bindungen und Interessen – Interessen, deren Legitimität sich, um mit Jürgen Habermas zu sprechen, an ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit bemisst. Damit kommt für Wissenschaft wie für Politik der Horizont von Zivilgesellschaft und Gesamtgesellschaft in den Blick.

Public scholarship und zivilgesellschaftliches Engagement

Ann Pettifor schrieb mir: "I am struck by how academics seem to prefer NOT to communicate with the public – but instead to confer with their peers. Much that is scientifically understood by academics, is obscured from the wider public. And economics is one field of expertise (it is not a science at all) that is largely hidden from the public. Worse, the field of money and finance is deliberately obscured – not just from the public, but from economists too, who as a profession have, remarkably, little understanding of the nature of money."

Indem Wissenschaft den Elfenbeinturm verlässt, wird sie Agent und Objekt öffentlicher Auseinandersetzung. *Going public* lautet die Parole. Was im Kodex des wissenschaftlichen Mainstream lange und ganz überwiegend als lästige und möglichst zu meidende Begleiterscheinung wissenschaftlichen Tuns gesehen wurde, wird neuerdings – zumindest in einigen Disziplinen – als Auftrag und Tugend verstanden. So führen seit Jahren prominente FachvertreterInnen eine lebhafte Debatte um „public sociology" und „public history". Es wäre völlig verfehlt, dahinter lediglich eine defensive Legitimierungsstrategie zu sehen, um im Konkurrenzkampf der Fachdisziplinen um öffentliche Reputation und daran gekoppelte finanzielle Förderung die Nase vorn zu haben. Vielmehr geht es den AnwältInnen von *public sociology* „um das Aufspüren und Fördern gesellschaftlicher Potenziale des Widerstands gegen Unrecht"[1], also um eine politische Zwecksetzung, die nicht mit Sozialarbeit verwechselt werden sollte. *Public sociology*, die für subalterne Gruppen und für Belange der Zivilgesellschaft eintritt, ist mithin Gegenspieler einer ebenfalls existierenden „öffentlichen Soziologie", welche „die Interessen und Werte dominanter Gruppen fördert".[2]

Mit Blick auf die akademisch grundierte Einmischung in öffentliche Angelegenheiten ist es sinnvoll, Differenzierungen vorzunehmen. Eine Unterscheidung zielt auf drei unterschiedliche Sprecherrollen: (1) der freischwebende Intellektuelle, der sich keiner politischen Gruppe zugehörig fühlt; (2) der „organische Intellektuelle" (Gramsci) im Dienste einer progressiven sozialen Bewegung; (3) schließlich der „engaged scholar", der wertgebunden und insofern Partei ergreifend in die Öffentlichkeit tritt, aber dies eben auch als WissenschaftlerIn, also in der Achtung von Standards wissenschaftlichen Arbeitens und damit in Abgrenzung von vorgängiger und „blinder" Parteilichkeit. In diesem Sinne hatte der Soziologe Robert Merton Wissenschaft definiert als „organized scepticism".[3]

Allerdings hatte Merton noch nicht die Figur des „public sociologist" oder allgemeiner: des *public scientist* vor Augen. Diese Figur reicht über die methodisch kontrollierte Skepsis, zu der sich auch ein Karl Popper bekannt hat, hinaus. Sie geht auch über Poppers eher abstraktes Plädoyer für eine offene Gesellschaft, für Demokratie und Pluralismus hinaus, insoweit sie in konkreteren Streitfragen Stellung bezieht – dies allerdings vor dem Hintergrund und in Nutzung ihrer wissenschaftlichen Kompetenz und Expertise. Eine Einmischung auf konkreterer Ebene bedingt auch eine Positionierung zu gesellschaftlichen und politischen Gruppen, die in der öffentlichen Auseinandersetzung bestimmte Werte, Interessen und Forderungen gegen andere Werte, Interessen und Forderungen geltend machen. Wie identitäre Intervention erfordert *engaged scholarship* Feldkenntnis, Nähe zum Gegenstandsbereich und empathisches Sinnverstehen. Aber im Unterschied zu jener verlangt *engaged scholarship* auch die methodische Reflexion, die Distanz des Tatsachenblicks, den Mut zu solidarischer Kritik auch gegenüber dem eigenen „Lager". *Engaged scholarship* kann zudem einschließen, dass die im Wissenschaftsbereich verankerten AkteurInnen eine aktive Rolle in und für zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen einnehmen. Das Spektrum möglicher Funktionen reicht von Beratung und der Erstellung von Expertisen bis zur Mobilisierung für politische Kampagnen.

In diesem Sinne ist Ann Pettifor ein *engaged scholar*, ein *concerned scientist* in der Tradition vieler anderer – so auch der „Union of Concerned Scientists", die sich in Debatte um die Atomkraft eingemischt hat. Pettifor bezieht kritisch Stellung innerhalb und außerhalb ihrer akademischen Profession. Aber nicht nur das: Sie war aktiv in der Anti-Apartheid-Bewegung Südafrikas als „deputy leader of one of the only multiracial student organisations that was permitted under nationalist laws". Und ein späteres Engagement beschrieb sie mir gegenüber mit folgenden Worten:

„As a leader of international campaign to cancel about $100 billion of debt owed by 35 of the poorest countries – Jubilee 2000 – I had to deal with the scourge of sectarianism in civil society – in which particular groups declared themselves to be 'purer' , to be more correct, and more 'ideologically developed' than others. My role as a leader of a civil society organisation (as opposed to leadership of a political party or faction) – was to help unite a broad alliance – across all of society in support of a particular, principled goal: the cancellation of the unpayable debts owed by the poorest countries to some of the world's richest nations."

[1] Neidhardt, Friedhelm (2017): „Public Sociology" – Burawoy-Hype und linkes Projekt. Berliner Journal für Sozialforschung, Vol. 27, 301-3017, p. 305.
[2] Burawoy, Michael (2015): Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit. Weinheim: Beltz Juventa, S. 31.
[3] Merton, Robert (1942): The Normative Structure of Science. https://www.panarchy.org/merton/science.html

Aus dem Hinweis auf den internen Streit lässt sich ein weiteres Argument gegen die identitäre Intervention ableiten, verlangt sie doch unbedingte Loyalität für eine Gruppe oder eine Strömung. Was aber, wenn sich diese Gruppe mit anderen Gruppe desselben Lagers streitet oder sich spaltet? Bedarf es nicht jener Distanz, die ein abwägendes Urteil und somit auch die Möglichkeit von Zwischenpositionen erlaubt?

Die Parteinahme für eine Sache ist also nicht bedingungslos. Und sie ist auch nicht notwendig gebunden an eine bestimmte Gruppe, zumal auch Gruppen mit edlen Motiven gravierenden Irrtümern erliegen, zumindest aber blinke Flecken aufweisen können. Die Parteinahme Pettifors bleibt gebunden an das Ideal der Objektivität und die kritische Selbstkontrolle als Bezugspunkten, welche für die zu moralischen Kreuzzügen neigenden „true believers" (Hoffer 1951) keine Rolle spielen. Pettifor, deren frühe Politisierung auf die Unmenschlichkeit und Verlogenheit der südafrikanischen Apartheid zurückgeht, schreibt über sich:

„I am aware that pursuit of the truth is not easy, and like millions of others, am fallible. But I was deeply affected by the contrast between what I was taught in church and the world I encountered outside church. I think that I am forever in search for what is real and true, as opposed to what is deliberately obscured and hidden – and it is that which drives me on."

Vielleicht mehr noch als andere Disziplinen ist die herrschende Wirtschaftswissenschaft ein Beispiel für große kollektive Irrtümer trotz oder wegen ihrer relativ institutionellen Schließung und ihrer fälschlich reklamierten Sachlichkeit. Dagegen steht eine Politische Ökonomie als kritische Analyse eines Systems, das unter anderem gesellschaftliche Ungleichheiten erzeugt und auch in dieser Funktion politisch flankiert wird. Politische Ökonomie ist demnach politisch und wertgebunden. In Ann Pettifors Worten:

"For me all economics is political. And political economy is my field. I try to be objective, but am fully aware of my own biases. Rather than hide them, I admit to them. I openly declare my commitment to social and economic justice."

4. Abschließende Würdigung

Meine Rolle hier und heute war nicht die des Laudators, sondern die eines externen Kommentators. Als solcher empfinde ich eine Art von Seelenverwandtschaft mit Ann Pettifor. Ich habe tiefen Respekt vor der Art und Weise, wie sie aus einem ihr ganzes Leben anhaltenden Impuls moralischer Sensibilität und daraus resultierender Entrüstung in politische Auseinandersetzungen eingreift, um - verzeihen sie mir das formelhafte Pathos - Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit zu mehr Geltung zu verhelfen. Darin ist Ann Pettifor ein Vorbild. Ehre, wem Ehre gebührt.

Dieter Rucht ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Bis zu seiner Emeritierung im Juni 2011 war er Ko-Leiter der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa" am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und bis Anfang 2018 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Er ist Vorsitzender des Vereins für Protest und Bewegungsforschung e.V. und Mitbegründer des gleichnamigen Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb).

Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken
2017 Étienne Balibar
2016 Christian Teichmann
2014 Juri Andruchowytsch,
Nadeshda Tolokonnikowa und
Marija Aljochina
2013 Timothy Snyder
2012 Yfaat Weiss
2011 Navid Kermani
2010 François Jullien
2009 Kurt Flasch
2008 Victor Zaslavsky
2007 Tony Judt
2006 Julia Kristeva
2005 Vaira Vīķe-Freiberga
2004 Ernst Wolfgang Böckenförde
2003 Michael Ignatieff
2002 Gianni Vattimo
2001 Ernst Vollrath
Daniel Cohn-Bendit
2000 Jelena Bonner
1999 Massimo Cacciari
1998 Antje Vollmer
Claude Lefort
1997 Freimut Duve
Joachim Gauck
1996 François Furet
1995 Agnes Heller

Podiumsdiskussion

Antonia Grunenberg: Zu Beginn kurz zu der Frage: Warum hat eine politische Ökonomin den Hannah-Arendt-Preis bekommen? Das versteht sich nicht von selber. Freilich weiß man, wenn man ihr Buch gelesen hat, doch ungefähr, warum.

"For me all economics is political." Das hat Ann Pettifor Dieter Rucht in Vorbereitung dieser Diskussion geschrieben und diese Aussage – "For me all economics is political" – steht im Zentrum der Debatte der nächsten zwei Stunden.

Hannah Arendt, die Namensgeberin des Preises, hat seinerzeit klare Grenzen zwischen dem Bereich des Politischen, in dem Menschen die Freiheit ihres Gemeinwesens gestalten, und dem Bereichen der Wirtschaft und des Sozialen und des Privaten gezogen. Und sie begründete das sehr eindrücklich. Nun gibt es seit Jahrzehnten kritische Einwände gegen diese Position. Danach ist – und so vertritt es auch Ann Pettifor – Politik untrennbar mit Wirtschaft verbunden und Wirtschaft daher per se politisch.

Ich bin davon überzeugt, dass die arendt'sche Trennung zwischen dem Politischen und dem Sozialen heute ergänzt werden muss, frage mich aber gleichzeitig, ob die Hypothese, dass alle wirtschaftlichen und sozialen Prozesse politisch sind, nicht ihrerseits auch begründet werden will. Warum ist Wirtschaft, und wie ist Wirtschaft politisch? Weil Geschehnisse und Strukturen auf den Handels- und Finanzmärkten unmittelbar und langfristig Auswirkungen, politische Auswirkungen haben? Ann Pettifor beschreibt eindringlich, welche Strukturen und Entscheidungen im Finanz- und Bankensystem das Gemeinwesen beeinflussen und es beschädigen.

Genau an diesem Punkt steht auch zur Debatte, was eigentlich unter Gemeinwesen verstanden wird. Gemeinwesen, ist das sozialer Zusammenhalt oder was heißt das? Dann wäre das Politische eine abhängige Variable der sozialen Verhältnisse, nach dem Motto: Wenn sozial gerechte Verhältnisse herrschen, wählen die Bürger demokratisch, wenn ungerechte Verhältnisse herrschen, wählen sie populistisch. Ein solches Denken ist weit verbreitet und es kann auch statistisch belegt werden, wie auch andere Sachen statistisch belegt werden können.

Aber dieses Denken hat für mich auch etwas mechanisches an sich, das an den vielfältigen Erfahrungen und Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht; ganz abgesehen davon, dass diese Einstellung auf einem Bruch mit der Tradition des politischen Denkens beruht. Alle politischen Denker bis ins 19. Jahrhundert hinein gingen davon aus, dass die Gestaltung des Politischen nur in Freiheit und nicht unter Zugzwang gestaltet werden kann. Wenn dem aber so wäre, dass Politik von der Finanzwirtschaft getrieben und unter Druck gesetzt wird, dann wäre das Politische letztendlich geschrumpft auf Prozesse der Machtumverteilung und der Machtkontrolle.

Die Frage, ob es das Politische überhaupt noch gibt, oder ob wir uns nicht doch damit befreunden müssen, dass Politik eher die rechtlichen Rahmenbedingungen und Folgewirkungen wirtschaftlicher und finanzstrategischer Prozesse und Entscheidungen bestimmt, möchte ich gerne mit den hier Anwesenden diskutieren.

Ein zweiter Fragekomplex: Ich habe den Eindruck, dass in der Diskussion über die Einhegung der Finanzmärkte unter „politisch" ein Staatshandeln unterstützt von einem demokratischen Parteiensystem verstanden wird. Die Forderung lautet: Mehr Staatskontrolle kann die ausgeuferten Finanzmärkte zur Raison bringen, den sozialen Zusammenhalt wieder herstellen, die Unterstützung der Bevölkerung für die Demokratie erreichen und die Politik rehabilitieren. Was mich auf der anderen Seite bei Frau Pettifor sehr beeindruckt hat, ist ihre Perspektive, dass Bürgerinnen und Bürger es selber in der Hand haben, dass sie sich selbst befähigen können, die bizarre Dynamik der wild gewordenen globalen Akteure anzuhalten und ihre Regierungen dazu zu bewegen zu einer maßvollen Politik zurückzukehren.

Doch organisiert sich das sogenannte Soziale, die Gesellschaft unter dem Druck verselbstständigter Finanzmärkte und deren Folgen nicht von alleine als Gegenmacht? Und das bringt mich zu der Frage, wer sind eigentlich die Handelnden? Sind das Spezialisten, sind das Politiker, sind dies Leute, die in sozialen Bewegungen arbeiten? Es gibt seit Jahrzehnten Organisationen und politische

Bewegungen in Form von wiederkehrenden Protesten, wie jetzt die Gelbwesten in Paris, die NGOs, Konferenzen, Netzwerke, die sich das politische Handeln in Protest- oder Initiativform auf ihre Fahnen geschrieben haben, die beanspruchen das Volk zu sein, oder doch zumindest die um die Zukunft besorgte Mehrheit zu vertreten.

Ann Pettifor hat zwei Zielgruppen angesprochen: Die Frauen – die Frauen sollten sich für Geldpolitik interessieren, weil nur so die Abschaffung unbezahlter Arbeit möglich ist – und die Umweltschützer. Dieter Rucht auf der anderen Seite beobachtet seit vielen Jahren die sozialen Bewegungen und zwar die alten und die neuen. Rudolf Hickel wiederum hat gestern die Frage des Vertrauens angesprochen, genauer gesagt des verlorenen und wieder zu gewinnenden Vertrauens – wer gewinnt Vertrauen zurück und wie wird Vertrauen zurückgewonnen?

Ich beginne mit einer Frage an Ann Pettifor. Die Diskussion wird jetzt so verlaufen, dass ich am Anfang ein bisschen nachhelfe mit Fragen, in der Hoffnung, dass sich dann auch zwischen den Teilnehmenden die Debatte selbstständig weiterentwickelt. Meine Frage an Ann Pettifor ist: Was prädestiniert die Frauen zu politischen Akteurinnen? Ist es ihre Benachteiligung? Sind es ihre brachliegenden Fähigkeiten? Sind Frauen eine Interessengruppe? Oder vertreten sie mehr als sich selbst? (Lachen im Publikum)

Ann Pettifor: I think what makes women political subjects, is the fact that they have been excluded for so long. And so, as a result their interests have not been represented. We see this when we look at all the big institutions of the world. This is changing, thank goodness. We now have a woman in charge of the international monetary fund. We had a woman at the federal reserve, but that's extraordinary. We very often see panels of very powerful influential men, especially in the finance sector, determining our fate, essentially.

Ulrike Liebert Übersetzung: Ich will lieber kurz übersetzen … Die Frauen sind lange Zeit ausgeschlossen gewesen aus den Sphären der Macht und man sieht in vielen Machtpositionen jetzt mittlerweile Veränderungen: Eine Bundeskanzlerin, die IMF wird von Christine Lagarde regiert, aber es gibt gerade in der Finanzwelt immer noch sehr sehr wenig Frauen.

Ann Pettifor: Yes. And the reason why they are political subjects above all is because they are the victims of financial crises. They suffer more than most, but are not the architects of financial crises. For me financial crises are driven by something called testosterone. (Lachen im Publikum)

U.L.Übersetzung: Frauen /Frauen sind die Opfer der Finanzkrise, sind *mehr* getroffen als/ als andere Gruppen der Bevölkerung und gleichzeitig gehören sie überhaupt nicht zu den Architekten dieser Finanzwelt. Die Finanzwelt ist testosterongetrieben; und nicht Östrogen.

Antonia Grunenberg: Meine Frage war ja, was prädestiniert Frauen zu handeln. Sie sprechen die Frauen an, als die die in diesem Zusammenhang nicht nur berechtigt, sondern auch legitimiert sind zu intervenieren.

Ann Pettifor: What qualifies women to act is that they are *stakeholders* in the economy. We are all stakeholders in the economy, but the economy is governed mainly by men. And *our* stake in the economy which is/ varies in some ways from/ from what men's stake is, is often overlooked, ignored. So, let me give you an example. (Zur Übersetzung: First, do you want to summarize that.)

U.L.Übersetzung: Frauen sind *stakeholder* im Unterschied zu *shareholder*. Also sie nehmen tagtäglich *Teil* an der Ökonomie, sie sind sozusagen Akteure der Ökonomie auf der Mikroebene.

Ann Pettifor: I know the national accounts of Britain better than Germany. So if you look at the national accounts of the British economy. They are divided into *capital spending*, which is investment in capital infrastructure, and then *revenue spending*. And the capital spending is for investment in big railway projects, big buildings, bridges, hospitals etc.

U.L.Übersetzung: So, der britische Staatshaushalt ist aufgeteilt in Kapitalinvestitionen und Einkommensausgaben. Und die Kapitalausgaben sind fokussiert auf große Projekte, Strukturprojekte, Infrastruktur.

Ann Pettifor: So the revenue budget is largely for paying salaries on a regular basis. So what we see in the way the British economy is *structured*, women work in, for example, the health service, they work in the education service, they are in the caring sectors, they are in the educational sectors, and they are not working on construction sites to build big bridges, right? But the budget for revenue, unlike the investment budget, always has to balance. It's not allowed to exceed/ it's not allowed to go into deficit. The budget for capital spending, is not subject to such constraints. because the implication is that there will be income generated by capital investments.

U.L.Übersetzung: Unter Austeritätsbedingungen darf nicht mehr ausgegeben als eingenommen werden und von daher müssen die Gesamtausgaben immer ausgewogen sein. Die Investitionen auf der Kapitalseite, also die öffentlichen Kapitalinvestitionen, werden immer damit gerechtfertigt, dass damit Jobs geschaffen werden und neue Einkommen. Auf der anderen Seite aber stehen die Ausgaben, die der Staat tätigt für die Beschäftigten, also Löhne und Einkommen. Das sind sehr viele Frauen im Gesundheitssektor, im öffentlichen Dienst und so weiter. Die sind schlecht bezahlt, beispielsweise im gesamten Pflegesektor. Und so wird dann letzten Endes ein Gleichgewicht erzielt, indem dort reduziert wird.

Ann Pettifor: Now in capital investment we build a railway line the expectation is: In the future there will be fees income from the railway line.

U.L.Übersetzung: Ja, die Investitionen, die Kapitalinvestitionen werden dadurch gerechtfertigt, dass ja schließlich irgendwann Nutzergebühren als Einkommen generiert werden.

Ann Pettifor: And it's assumed that the nurse, whose monthly salary is paid, doesn't generate income.

U.L.Übersetzung: Während Krankenschwestern keine Einkommen generieren.

Ann Pettifor: But there is a concept in economics called the "multiplier."

U.L.Übersetzung: Da gibt's in der Ökonomie ein Konzept des "fiscal multiplier"?

Ann Pettifor: Yes.

Rudolf Hickel: Der Multiplikator.

Ann Pettifor: Very interesting: In orthodox economics the multiplier is ignored.

U.L.Übersetzung: In der orthodoxen Ökonomie wird dieser Faktor ignoriert.

Ann Pettifor: So as John Maynard Keynes explained back in the 1930s: If you employ somebody, if the government employs somebody, in the public sector, it costs money to pay them a salary, but every month they pay taxes on that salary. They pay their income tax back to the government. Then they go shopping, and pay VAT, consumption tax. The shop keeper makes a profit and he pays corperation tax. So the government gets the money back from the investment in employment of the nurse/teacher etc. … sometimes three times over. Not just in the first month, not just in the first year, but for as long as that woman is employed as a nurse. The same applies to the construction worker, right?

U.L.Übersetzung: Aber sie sagt es ist falsch, dass die Ausgaben für Einkommen, für Löhne keine weiteren Einkommen generieren würden, denn diese Einkommen werden natürlich wieder verausgabt, werden zu Einkommen von Geschäftsinhabern, Restaurants und so fort und fühen dann auch wieder zu Steuerabgaben. Also gerade auch die Löhne generieren neue Einkommen. Also ist da ein fiskalischer Multiplikator eingebaut und der wurde von der orthodoxen Ökonomie bisher übersehen.

Ann Pettifor: Just to/ just quickly finish that so public, yes/ the public investment in employment, whether it's in the construction sector or whether it's in the health sector pays for itself. What we find there is a discrimination in terms of investment in the health sector, as opposed to the construction sector.

U.L.Übersetzung: Letzten Endes ist in das Rechnungswesen eine Diskriminierung eingebaut: Zu Gunsten zum Beispiel von Bauvorhaben, Strukturinvestitionen, und zu Ungunsten des Servicesektors, dem Angestelltensektor – der hauptsächlich feminin ist.

Antonia Grunenberg: Ich würde gerne noch mal zurückkommen zu der Frage: Wer sind die Handelnden? Und wir haben jetzt gehört, warum es so wichtig ist, dass die Frauen sich zu den Handelnden zählen, weil sie die Benachteiligten und Diskriminierten sind. Ich frag jetzt mal Dieter Rucht: Sie haben ja seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten die Sphäre der sozialen Bewegungen beobachtet und das wären ja die Adressaten, die am Schluss in Ann Pettifors Buch erwähnt werden. Sind die dem gewachsen? Sind die sozialen Bewegungen von heute dem Anspruch gewachsen, den Frau Pettifor an sie stellt?

Dieter Rucht: Vielleicht fang ich mal etwas historischer an, etwas grundsätzlicher. Wenn wir wahrnehmen, dass soziale Bewegungen sehr häufig Misserfolge erzielen, oder nur geringe Teilerfolge, nur sozusagen symbolische Erfolge, dann ist es sicher richtig. Auf der anderen Seite, wenn wir jetzt Jahrhunderte zurückgehen, dann kann ich Ihnen jetzt vielleicht fünfzig Errungenschaften aufzählen, bei denen soziale Bewegungen die treibende, die letztendlich entscheidende Kraft waren: Abschaffung der Leibeigenschaften, Abschaffung der Sklaverei, Pressefreiheit, demokratische Grundrechte, Wahlrecht für Frauen, Acht-Stunden-Tag. Die Liste ist ziemlich lang. Wir können an diesen Beispielen sehen, dass soziale Bewegungen diese Errungenschaften, die wir jetzt wie selbstverständlich hinnehmen, erwirkt haben. Und das geschah nicht einfach so, durch bloßes Reden, sondern das geschah auch durch Kämpfe, zum Teil auch durch gewaltsame Kämpfe. Die Franzosen feiern jedes Jahr ein gewaltsames Ereignis: den Sturm auf die Bastille und sind da alle beglückt und sagen: „Prima, dass wir das gemacht haben."

Also so gesehen sind soziale Bewegungen eine wichtige und treibende Kraft im geschichtlichen Fortschritt, *aber* sie haben auch eine Kehrseite: Der Begriff der soziale Bewegung ist nicht reserviert für die linke, die progressive Seite, die emanzipatorische Seite, sondern wir haben auch rechtsradikale Bewegungen, wir haben einen Faschismus erlebt, wir haben nationalistische Bewegungen erlebt. Die sind auch da und die sind auch wirkmächtig.

Antonia Grunenberg: Ja, die Frage ist aber: Sind die sozialen Bewegungen, die jetzt etwa seit fünfundzwanzig, dreißig Jahren tätig sind im Bereich der Nachhaltigkeit, der Kritik des Klimawandels et cetera – sind da genügend Zielgerichtetheit und Wissen und Kompetenz vorhanden, um sozusagen noch ein stärkerer Faktor zu werden?

Dieter Rucht: Ich glaube es fehlt da an Stärke, es fehlt auch an Know-How innerhalb der sozialen Bewegungen. Wir machen in der internationalen Politik die Unterscheidung zwischen den sogenannten *hard issues* und *soft issues*. Ein typischer *soft issue* wäre das Thema „Menschenrechte." Oder die Kulturpolitik, die Unesco. Da sind relativ viele Erfolge zu verzeichnen. Wenn man auf der anderen Seite die *hard issues* nimmt, da geht es um militärische Ausrüstung, um Wiederbewaffnung, um Waffensysteme, um Finanzarchitektur – und da beißen sich tendenziell auch soziale Bewegungen die Zähne aus. Es gibt natürlich einzelne Gruppen, die sich, das ist auch ein relativ neues Phänomen – wie Attac – darauf spezialisiert haben, hier zu intervenieren und Kompetenz zu erlangen, aber gemessen sozusagen an der Phalanx von Fachleuten und von *pressure groups* sind sie eigentlich ein sehr schwacher Akteur – national wie international.

Antonia Grunenberg: Nun würde ich gerne die Frage weitergeben an Rudolf Hickel: Wer sind für Sie die Akteure der Umkehr?

Rudolf Hickel: Naja, bevor ich die Frage beantworte, frage ich danach, was es umzukehren gibt. Das ist eine ganz entscheidende Frage und das finde ich das Faszinierende und das Großartige an dem Buch von Ann Pettifor, dass sie in einer sehr, gestern Abend zu Recht immer gelobten, in einer sehr lesenswerten Art, sehr komplex – gerade eben den Multiplikatorprozess – beschreibt, *aber*, worum es geht, worauf sich die Bewegungen konzentrieren müssen, ist der Hochmachtsektor der Finanzmärkte. Die Finanzmärkte haben *nichts* mehr mit der normalen Spielwiese von Märkten zu tun. In den USA beispielsweise – die sind da die führende Nation – sind die großen Hedgefonds wie Blackrock, Oaktree und Goldman and Sachs sogar so machtvoll, dass man ihnen im Grunde genommen nicht erst seit Trump gerne hinterherläuft.

In Deutschland haben wir das Problem, das die Kanzlerin, die ich eigentlich bei vielen Sachen gerade in der Finanzmarktkrise als Bundeskanzlerin geschätzt habe, zum Beispiel bei ihrem Auftritt bei dem großen G20-Gipfel 2009 in London, einen ganz bösen Satz formuliert hat: „Die Finanzmarktkrise lehrt uns, dass die Politik die Märkte im Vordergrund haben möchte und nicht umgedreht die Politik die Märkte gestaltet." Und daraus folgt als allererstes – und da lohnt sich jetzt mal richtig Reklame, ich krieg auch keine Provision von dem Buch, deshalb mache ich auch gerne Reklame, da lohnt sich jetzt – der zweite Schritt ist dem vorgeschaltet: Aufklärung. Und das Buch leistet eine Aufklärung. Zum Beispiel, ein Satz nur: Das Geldsystem/Währungssystem ist ein *public good*, ist öffentliche Infrastruktur und muss als *public good*, als Voraussetzung einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft wieder zurückerobert werden durch politische Kräfte in die Demokratie.

Und nun würde ich eine kleine Ergänzung machen: Wer sind die Träger? Wer sind sozusagen die sozialen Bewegungen und zwar jetzt die Bewegungen zur Veränderung, zur Demokratisierung und Bändigung des Finanzsektors? Im Grunde genommen sind es drei. Ann Pettifor nennt zu recht erstens die Frauen. Doch in einem Punkt ist sie mir heute zu vornehm bei der Rolle der Diskriminierung von Frauen. Finanzmärkte, die Wissenschaft, die Nobelpreisträger, die Finanzmärkte *sind* die Herrschaftsdomäne in der Wirtschaft und werden von Männern dominiert. Das ist ein männerbesetztes Herrschaftswissen und deshalb hat ja auch bisher in diesem Bereich noch nie jemand einen Nobelpreis bekommen. Ich schlag sie übrigens vor, Frau Pettifor, für den nächsten Nobelpreis. (Lachen und Applaus im Publikum.)

Die zweite Gruppe, sehr richtig, ist ganz klar thematisch etwas anders, aber mit ihrer Zielsetzung eine Herausforderung, die zweite Gruppe ist die Umweltökologiebewegung und da würde ich zu Dieter Rucht sagen: alleine die Existenz der Grünen ist sozusagen Beweis, dass sich Widerstand auch lohnt, wenn man weiß, wie die ökologischen Fragen die Deutschen eigentlich umtreiben.

Die dritte Gruppe, die fällt mir ein bisschen unter den Tisch, weil ich für sie repräsentativ und aktiv bin. Die dritte Gruppe ist sozusagen übergeordnet, die dritte Gruppe sind die Globalisierungskritiker. Das sind die, die beispielsweise in Frankfurt vor der EZB, vor der Europäischen Zentralbank und der Deutschen Bank, als Occupy gesessen haben und dort unmittelbar Protest gegen die Macht der Deutschen Bank organisiert haben. Niemand von ihnen hätte vor fünf Jahren geglaubt, dass in einer Deutschen Bank ein derartig fundamentaler Kriminalitätspower drinsteckt.

Zu dieser Globalisierungsgruppe zähle ich insbesondere auch Attac. Mit Sven Giegold, der die beste Politik macht in dieser Frage im Europäischen Parlament, großes Kompliment, er kommt aus der Attac-Bewegung. Der jetzt den Bundestag für die Grünen *leider* verlässt, er macht sozusagen ein großes Lobbykontrollsystem auf über die Finanzmärkte. Aber zugleich will ja Antonia Grunberg etwas über die Schwäche hören. Die Schwäche besteht darin, dass die Attac-Bewegung, das mag jetzt viele ärgern, ich sitze im Beirat, zurzeit in ihrer schwächsten Phase ist. Und sich die Frage stellt, wie re-aktiviert man diese dritte Gruppe im Widerstand, im Umbau, in der Demokratisierung.

Antonia Grunenberg: Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, so spitzt sich die Frage nach den Akteuren dergestalt zu, dass wir auf der einen Seite wahrnehmen, dass Institutionenbildung wichtig ist, also dass es Institutionen gibt, auch auf der nicht-institutionellen Ebene, quasi außerhalb der eingetragenen Institutionen, und auf der anderen Seite nicht die Präsenz des Protestes unterschätzen sollte, auch wenn er sich nicht unmittelbar in Institutionen einfügt. Also die immer wiederkehrende Präsenz des Protestes, die man, wenn man final denkt, könnte man sagen: „Naja, die protestieren, aber es tut sich ja nichts." Und das glaube ich muss man korrigieren, wenn man langfristig denkt. Und dann spielt sehr wohl eine Rolle, dass immer wieder bei großen Finanztreffen eben diese Bewegungen vorhanden sind und ihre Stimme erheben.

Ich würde gerne den einen Satz von Rudolf Hickel zum Ausgang eines weiteren Komplexes nehmen, nämlich den Satz von Angela Merkel, dass es wichtig ist, dass die Wirtschaft im Vordergrund steht. Anfang der 1990er-Jahre, ich weiß nicht ob es 1992 oder 1993 war, gab es in Davos einen dieser berühmten Wirtschaftsgipfel und dort gab es einen berühmten Satz: „Wichtig für die Wirtschaft ist, dass die Politik den Hinterhof freihält." Und das drückt genau das Dilemma aus, was sich jetzt so zugespitzt und verschärft hat, dass nämlich die Politik zur Nachläuferin der Wirtschaft geworden ist und in alle Krisen hineintappt, die eine abgekoppelte Finanzwirtschaft verursacht. Ist die Demokratie also zu einer abhängigen Variablen der Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden? Kann man das so sagen oder ist das ist das überdramatisiert? Diese Frage geht zunächst an Ann Pettifor.

Ann Pettifor: Thank you Antonia. I don't think it's democracy that is dependent on the finance sector. I think it's political parties. And in particular what we have seen across Europe is the social democrats were coopted; They got too close to the one percent, to the finance sector and as a result neglected their constituency – and have been wiped out. They/ I am so shocked to find that in France the social democrats have sold their headquarters. They are no longer there, they don't exist in political terms. And we have seen social democracy here weaken, and that is because the people are seeing that they are not very different from the other parties – the one percent, right? They all seem to be the same. The people feel that there is not a political vehicle through which they can channel their anger and their protest, so they just rise up with no/ with no coherence.

U.L.Übersetzung: Wie gesagt es ist nicht die Demokratie, die abhängig ist vom Finanzsektor, sondern es sind die Parteien und es sind vor allen Dingen die Parteien, die sich sozusagen zu stark angenähert oder verkauft haben an die Finanzindustrie, an die Banken im Verlauf der Krise. Und das hat dazu geführt, dass sie für viele normale Menschen ununterscheidbar sind von den ein Prozent der Reichsten und der Mächtigsten. Und daher sind manche der gegenwärtigen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie gescheitert in ihrer Glaubwürdigkeit in diesem Bereich: eigentlich die Interessen derer zu vertreten, die nicht zu diesen ein Prozent gehören.

Dieter Rucht: Ich hab fast den gleichen Eingangssatz hier auf mein Manuskript notiert, nämlich: „Demokratie ist nicht die abhängige Variable, sondern Demokratie ist erst mal ein institutionelles Gerüst von Regeln." Und dieses Gerüst sieht vor, dass das Volk, der Souverän über seine Delegierten, über seinen Repräsentanten alle öffentlichen Angelegenheiten verbindlich regelt. Insoweit kann man sagen, die Demokratie ist glasklar allem anderen vorgeordnet. Die Praxis aber, und das sagte Ann gerade, sieht ein bisschen anders aus. Wir haben einen starken ökonomischen Druck auf die politischen Akteure, auf die Parteien und auf die Regierungen. Und dieser Druck ist enorm stark und zum Teil gab es ja auch sozusagen die Bestätigung dieses Drucks. Angela Merkel hat mal den Satz von der „marktkonformen Demokratie" geprägt. Und das ist natürlich fatal, wenn man sagt, die Demokratie muss sich nach den Imperativen des Marktes ausrichten – eine absurde Vorstellung. Das hieße ja, dass ein paar Unternehmen und Aufsichtsräte sagen, wo es für die Gesamtgesellschaft langgehen soll. Also das ist ein unmöglicher Zustand und das muss man auch regelrecht skandalisieren und sagen: „So nicht!"

Vielleicht ist es ganz interessant zu sehen, wir erleben ja die „Gilets jaunes" in Frankreich derzeit, ich hab mich damit intensiv jetzt befasst, das heißt viel gelesen, ich war jetzt nicht in Frankreich, aber habe die *Le Monde* in der Tasche und versuche mich so gut wie es geht zu informieren. Ich will jetzt diese Bewegung überhaupt nicht glorifizieren. Es ist ja auch völlig unklar, was am Ende dabei herauskommen wird. Aber was klar ist, ist zunächst mal der Unwille von einer politischen Klasse oder gar noch von einer Person – in Frankreich ist es sehr zentralisiert, das heißt der Staatspräsident hat viel mehr Macht, als eine Bundeskanzlerin – von einer Person gesagt zu bekommen wo es lang geht. Und zwar auch in dem Sinne, dass Macron einerseits außenpolitisch schöne, großartige Reden hält, als Pro-Europäer auftritt, nach Innen hin Sanktionen durchsetzt. Und da sagen jetzt die Franzosen und im Moment starke Mehrheit hinter diesen Protesten ungeachtet ihrer Formen, die ja zum Teil problematisch sind, da sagt eine Mehrheit der Franzosen: „So nicht!"

Rudolf Hickel: Ich würde gerne gleich etwas Historisches in Erinnerung rufen. Ich selber habe das untersucht, da gibt es auch von einer Kollegin eine wunderbare Dissertation drüber. Wie ist es eigentlich in Deutschland gelaufen? Deutschland kam ja relativ schnell mit dem Abbau der Regulierung der Banken, beispielsweise/ beispielsweise der Nichtmehrtrennung von Kundengeschäft/ Investmentsbank/ kam relativ spät. Daraus kann man an einem Beispiel jetzt zeigen, wer hat eigentlich in Deutschland maßgeblich – das klingt jetzt primitiv und nehmen Sie es mir nicht übel – wer hat eigentlich durchgesetzt, dass wir die Riester- und Kapitalorientierte Rente haben, die eine riesen Umsatzprogramm für die Versicherungswirtschaft war.

Ich war damals im Aufsichtsrat der Allianz, habe mitgekriegt, wie die Allianz mit allen Mitteln versucht hat, natürlich mit allen legalen Mitteln, erfolgreich sozusagen die Botschaft „Baut doch die gesetzliche Rentenversicherung ab und füllt den Rest auf" sozusagen durchgesetzt hat. Das ist im Grunde genommen ein Beispiel massiver Politikeinflussnahme gewesen. Und ich würde sagen, die drei Gruppen/ Ann, ich würde/ Ann ich würde bei dir die Parteien, ja, richtig, die Parteien sind entscheidend/ sind die Transformatoren für die Durchsetzung Finanz/ von Finanzinteressen, aber das zweite ist auch dann, das hängt damit/ aber ist wichtig, weil das ein eigenes Zentrum ist/ das zweite sind die Regierungen/ sind die Regierungen.

Ich hab mit Herrn Schick zusammen, mit diesem wunderbaren Grünen im Bundestag, im Finanzausschuss Anhörungen gemacht zur Regulierung, genau das, was Ann fordert in ihrem Buch, zur Regulierung beispielsweise wieder eine Regel aufzubauen, dass etwa die Banken Vorsichtsmaßnahmen dafür vornehmen müssen, damit, wenn sie pleite gehen, nicht am Ende wieder die Kunden, die Kundinnen die Verlierer sind, beziehungsweise der Staat, der Steuerstaat. Da sind die Gesetze, muss man sich mal vorstellen, wenn man es sich konkret klar macht, wenn da ein Gesetz ist zur Frage Investmentbanking und Kundengeschäft, dann ist das Gesetz maßgeblich geschrieben von zwei Vertretern aus der Deutschen Bank, die abgestellt worden sind ins Bundesfinanzminesterium. Das ist konkrete Politik. Und dann ist das Ganze noch überlagert und da haben wir auch/ da gibt es ja viele Gegenbewegung, gehört übrigens auch zum Protest, zur Gegenbewegung, zur Aufklärung/ in der Zwischenzeit einen riesigen Lobbyismus. Wir haben sozusagen im europäischen Parlament, Helga Trüpel wird es bestätigen, im europäischen Parlament haben wir jetzt wenigstens ein paar Vorgaben, dass der Lobbyismus eingeschränkt wird, aber Lobbyismus, den wir uns so gar nicht richtig vorstellen können. Daran zeigt sich, dass im Grunde genommen das ein unglaublich schwieriges Geschäft ist.

Und ich würde sagen zu den drei Gruppen, die ich eingangs genannte habe, die drei Gruppierungen: Frauen, Umwelt und Globalisierungskritiker; würde ich sagen überlagert werden das/ muss das mit zwei Aktivitäten: Überlagert oder vorausgesetzt die Aufklärungsarbeit, wir müssen einfach wissen, was da passiert dazu kann man, dazu muss man das Buch lesen; und das zweite, was wir brauchen ist ganz wichtig, ein Anti-Lobbyismus – wir müssen den Lobbyismus richtig sozusagen zurückdrängen, weil da ist/ da wird infiltriert das sehen wir gar nicht mehr demokratisch. Und das ist mein Plädoyer.

Ann Pettifor: I just want to say one thing about that, which is I hear very much what Rudolf is saying. What we also need is leadership. Now, I know many are against leadership. We worry that leadership means a strongman , you know, Hitler or a dictator but actually political leadership is very important.

In the 1930s we had the same financial system, we had deregulation and we had the gold standard, and in 1933 the Americans elected a president, Roosevelt. On the first day of his inauguration he disbanded the the globalized financial system that was the gold standard against the wishes of Wallstreet, and was under terrific pressure. Can you imagine? And then the bankers asked him to attend an international conference to reinstate the gold standard, and he said: "I'm not coming." That is leadership. That is courage, right? He had a mandate, but he also had courage to challenge the powerful, and he did. Now, you know, when you are president of the United States it's not hard to have a lot of courage, but even so, you know, political leadership, without it being autocratic, but leadership to lead/ so why worry about the yellow jackets, they are/ don't have any leadership and they certainly don't have, it seems to me, good, sound democratic leadership. You've got to have

inclusive leadership. So where are they going to go? They will be like the Occupy Wallstreet? They didn't go anywhere, right? They went up against a brick wall, so to speak, and did not achieve the changes they sought. So this is another point, which is difficult, especially I think for the Greens, the concept of leadership.

U.L.Übersetzung: Ann sagt, dass neben Aufklärung und Anti-Lobbyismus oder Lobbyismus-Regulierung es ganz wichtig sei politische Führung zu entwickeln und zwar demokratische Führung, inklusive Führung. Dazu gibt sie ein Beispiel: nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930ern gab es ein dereguliertes Finanzsystem und es gab den Goldstandard. Und damit/ ich würde das noch/ I would like to add it was a New Deal which was.

Rudolf Hickel: The Glass-Steagall-Act. Ein richtiger Regulierungssatz für die gesamten Banken gegen die Wallstreet. Das war der Glass-Steagall-Act 1932.

Ann Pettifor: But first/ but first the Gold Standard had to be dismantled.

U.L.Übersetzung: Aber, um den Glass-Steagall-Act einzuführen, die Banken dadurch zu regulieren, also in ihren Spekulationsgeschäften zu domestizieren, musste der Goldstandard gekippt werden. Das ist jetzt ein komplizierter Zusammenhang, aber das nehmen wir jetzt mal hin. Und der amerikanische Präsident tat das und gegen den Widerstand der gesamten Wallstreet und er sagte: „Ich halte das jetzt aufrecht, der Goldstandard muss aufgehoben werden." Und auf dieser Grundlage war dann auch der New Deal und Sozialpolitik, ja, die Entwicklung einer amerikanischen, einer föderalen Sozialpolitik möglich, was vorher nicht existierte. Das ist ein Beispiel für die Führung, die wir bräuchten. Und dann sagt sie freundlicherweise die Grünen hätten da ganz gute Ansätze, das finde ich auch.

[Lachen und Diskussionen im Publikum]

Und die yellow jackets, die hätten eben überhaupt nicht diese Qualitäten, da gibt es keine Führung und wie demokratisch und konstruktiv sie sind, das sei auch nicht zu erkennen.

Antonia Grunenberg: Naja, das wird man sehen. Also es hat ja gerade erst angefangen. 00:37:45

U.L.Übersetzung: Und *Occupy Wallstreet* sei ein ähnliches Beispiel, was dann verpufft, gegen die Wand läuft und verpufft.

Antonia Grunenberg: Ja, obwohl wir uns vorhin schon geeinigt hatten, dass auch Bewegungen, die verpuffen, nicht keinen Effekt haben, sondern das sozusagen, dass eine Art Patchwork-Process ist, in dem/ ich will aber noch mal nachhaken: Rudolf Hickel hat eben diesen einen Satz von Merkel erwähnt. Das war eine Paradigmenveränderung, eine Paradigmenveränderung dergestalt, dass es hieß das Wohlergehen der Wirtschaft ist der oberste selbstevidente Wert, der nicht diskutiert wird und das haben wir geschehen lassen. Also da hat sich kein Protest erhoben, der gesagt hat, die Frage nach dem *common good* ist keine Sache einer Regierungserklärung und keine Sache, die eine Bundeskanzlerin zu entscheiden hat. Also das heißt die Rückbindung dieser ganzen Prozesse an die Frage: Ist das gut für die Gesellschaft? Ist das gut für uns? Ist das gut für Europa? Die müsste eigentlich immer wieder laut und schrill und öffentlich gestellt werden.

Dieter Rucht: Ich würde gerne etwas zur *leadership* sagen. Das ist ein Thema, was mich auch schon lange umtreibt. Es ist richtig, die Occupy-Bewegung hat alle repräsentativen Strukturen abgelehnt, abgelehnt Verhandlungen mit Attac, mit Gewerkschaften, sie war eine enorm kurzlebige Bewegung.

Rudolf Hickel: Mit Attac wurde schon verhandelt …

Dieter Rucht: Sorry, Occupy, Occupy.

Rudolf Hickel: Occupy, ok.

Dieter Rucht: Also da sind wir völlig einer Meinung. Also so kann es nicht funktionieren. Und ich vermute auch, wie Ann und andere, dass die Gelbwesten ein ähnliches Schicksal erleiden könnten. Umgekehrt bin ich aber nicht dafür sozusagen die Figur vom Führer, das ist natürlich ein problematisches Wort im deutschen Kontext, da sagen wir lieber *leader*, die Figur des Führer hier besonders stark zu machen und hervorzuheben. Und es gibt auch Bewegungen, die sehr erfolgreich sind und die keine solchen Figuren haben. Nennen Sie mir doch bitte mal die Führer oder die Führerinnen der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, die als die stärkste der Welt gilt.

Ich könnte ihnen jetzt ein paar Namen aufzählen, ich könnte auch sage, dass Petra Kelly zu so einer Ikone sehr früh gemacht wurde. Sie war keine Führerin der Anti-AKW-Bewegung. Das heißt, das ist mein Umkehrschluss, es gibt keine zwingende Notwendigkeit für starke Führungsfiguren. Ich sehe darin eher eine Gefahr, nämlich es werden bestimmte Figuren, charismatische Figuren insbesondere, die gutes rhethorisches Talent haben, die ausstrahlen, die werden zu Ikonen erhoben und die sollen dann alles leisten können: gute Organisatoren, gute Theoretiker, gute Strategen, gute Sprecher und so weiter. Und damit sind die Leute überfordert. Was es faktisch gibt in den meisten Bewegungen, das sind natürlich einzelne solcher Figuren, zum Teil auch von den Medien als solche erst gemacht werden, die waren es anfangs gar nicht, sondern durch das ständige Auftauchen in den Medien werden sie im eigenen Kreis dann als Führer anerkannt, aber was wir tatsächlich finden, ist eher eine Diversifizierung von unterschiedlichen Tätigkeiten und Funktionen vom kleinen Zirkel der dies oder jenes macht. Und das ist ein Modell, das im Prinzip funktionieren kann.

Rudolf Hickel: Noch ein Satz dazu. Ich glaube, dass wir eins unterschätzen oder meine Frage ist das an alle hier auf dem Podium, weil ich mir da nicht sicher bin: Wir unterschätzen sozusagen die Dynamik, die aufklärerische Wirkung der Krise. Das können wir ja in Deutschland an zwei Beispielen klar machen. Es gibt zurzeit kein Journal mehr im Gegensatz vor zehn Jahren. Vor zehn Jahren war der *Spiegel* unlesbar, weil er nur die Globalisierung gelobt hat, es gibt kein normales, gutes Organ mehr, das heute nicht Kritik übt an der Globalisierung, an der sozialen Spaltung, an die Abstiegsängste, an der Stärkung des Rechtspopulismus, AfD oder Trump in den USA. Gibt's keine mehr.

Zweites Beispiel: Hartz IV. Ich bin ja überaus glücklich, weil ich zwar von 2003 an die Hartz IV-Gesetzgebung in einem Punkt für falsch hielt, das jetzt die Grünen kommen und sagen: „Lasst uns das mal neu diskutieren." Warum? Weil die materielle Gewalt dessen, was damit angerichtet worden ist an sozialen Abstieg einfach gesellschaftlich nicht mehr durchhaltbar ist. Der dritte Punkt, an dem wir sind, so gewisse Kurskorrektur/ der dritte Punkt ist, dass wir merken, dass das Alterssicherungsgesetz, nämlich der Abbau der gesetzlichen Ansprüche irgendwo auf 48, 43 %. Und kompensiert wird es durch Kapital … ich bin ja so froh, dass der Merz so blöd war vor seiner Wahl das alles auch noch zu sagen.

Wenn man mal überlegt der ganz schlichte Satz, der formuliert worden ist und lautet: Haben Sie eigentlich mal überlegt, wer in einem bestimmten Milieu, das sich sichern muss gegen Altersarmut, überhaupt in der Lage ist sich Aktien zu kaufen. Ein unglaublich schlichter, aber fast revolutionärer Satz. Was ich damit sagen will: Wir müssen auch die Entwicklungen aufnehmen, die sozusagen das System selber durch seine sozialen Fehlentscheidungen – Globalisierung ist für alle gut, Hartz IV ist gut, Arbeitslose müssen diesen Preis dafür bezahlen – diese materielle Gewalt dessen, dass es gesellschaftlich nicht mehr durchhaltbar ist, die müssten wir viel stärker nutzen für die Kräfte, um dagegen zu sein.

Ann Pettifor: Thank you. I want to just respond to Dieter's point about leadership – and he is right: leadership is a better word than leader, right? – [Lachen im Publikum] so it has/ for me it has to be/ let me give you my experience, I worked with the green movement before the Copenhagen conference in 2005. They wanted me to help. Wanted to learn from the success of the Jubilee 2000 movement. – "How could they learn." I said that you have to go there together, there are millions of you in many different organizations. You have to determine what is the one thing we are asking should happen to structurally change the/ the economic and the ecological system. No, they said no. We prefer for a thousand flowers to bloom. A thousand flowers bloomed, and the powerful people at the Copenhagen said "Oh, it's unclear what they (the campaigners) want, we are confused". And so the movement was ignored. So if you think of the great social movements, if you think of the civil rights movement in the United States, they demanded/ the black people demanded *structural change*, so they would have representation in government. That meant they had to change the law to get a structural change to the balance of power between black and white people. They haven't achieved that yet, racism persists in the US, but they started that. Same with Apartheid. It isn't enough to say: "Oh, it's very unfair to be unkind to black people, you must be kind to black people." No, we must change the laws to give them rights, The same for women. We didn't say, when we wanted the vote: "Please, will you be kind to women, and you know please don't rape them and treat them badly." We said: "Give them rights! Give them change the law." So those are structural changes. Now what is the ask that the yellow jackets are making? What are they asking must change structurally to give justice? That I'm not to talk here about. Nor are we. It's something we can only do together and in that sense leadership is collective. Together we can come up. What is the *one thing* that we must decide we want. The thing we demand. The think that we must work work together to achieve? I call it *the ask*.

U.L.Übersetzung: Das hat jeder verstanden oder? Also ihr kollektiver Begriff und Verständnis von *leadership*, von Führung und das heißt, dass man die tausende von Initiativen, NGOs, zivilgesellschaftliche Organisationen, die zum Beispiel in Kopenhagen 2005 sich mobilisiert haben, aber zu nichts gekommen sind, weil sie sich nicht koordinieren konnten. Es bedarf einer Koordination, um die vielen verschiedenen unterschiedlichen Blumen, die da blühen zusammenzubündeln in einer Forderung, die strukturelle Änderungen hervorbringt, nämlich zum Beispiel Repräsentation dieser Gruppen in den entsprechenden politischen Prozessen.

Antonia Grunenberg: Also weil jetzt mehrfach die Gelben Westen erwähnt wurden, sollten wir jetzt doch noch mal den Punkt aufgreifen, gegen was oder für was sich soziale und Protestbewegungen richten. Und die Erfahrung zeigt, dass n Frankreich sehr viele Formen dieser Proteste sich gegen das gesamte politische System richten. Das heißt diese Engführung, die Ann Pettifor hier vorschlägt, dass nämlich dieses sozialen Bewegungen in Prozesse einfließen, an deren Ende die Veränderung von Gesetzen steht, und das heißt Entscheidungen und Veränderungen, genau das ist in Frankreich so zur Zeit nicht zu haben, weil auch das gesamte Rechtssystem in Frage gestellt wird. Es wird die Zentralisierung in Frage gestellt. Es wird die Macht des Präsidenten in Frage gestellt.

Es wird sozusagen eine Totalopposition geleistet, die noch nicht in einen Zustand gekommen ist, dass sie sagt, das und das, diesen Schritt werden wir jetzt gehen und den verlangen wir von ihnen, dass sie ihn in den parlamentarischen Prozess einspeisen. Und mir scheint, dass das eine große Frage ist, die würde ich auch noch mal an Dieter Rucht geben. Es gibt anti-systemische Bewegungen, insbesondere auch von rechts, und es gibt Bewegungen, die sozusagen diesen Bezug auf das *common good* haben, also die die Frage stellen, die sagen, wir haben das im Auge, was es sein könnte und dazu möchten wird diese und diese Schritte in Gang setzen.

Dieter Rucht: Der Begriff anti-systemische Proteste oder Bewegungen kommt eigentlich aus der Linken, also Wallerstein, die haben darüber geschrieben und haben da linke Bewegungen gefeiert, aber er ist natürlich genauso gut nach rechts hin anwendbar. Also auch rechte Gruppen können anti-systemische Bewegungen sein. Vielleicht noch mal zum Begrifflichen. Ich mach eine klare Unterscheidung auf analytischer Ebene zwischen einer sozialen Bewegung und das man noch mal voller Argwohn was ist daran politisch oder nicht politisch. Also ich mache eine klare Unterscheidung zwischen einer sozialen Bewegung – ein Merkmal der sozialen Bewegung ist, dass sie grundlegenden sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern will; die Frage ist dann natürlich was ist grundlegender Wandel, das lass ich jetzt mal beiseite – und daneben gibt es zeitlich und sachlich eng begrenzte Kampagnen, politische Kampagnen. Wir wollen, dass Glycophan … [Publikum: Glyphosat] .,. Glyphosat verboten wird. Das ist nicht mehr Forderung eines grundlegenden sozialen Wandels, sondern das ist eine limitierte Forderung und wenn die dann durchgesetzt ist, dann hat sich aber auch an der Gesellschaft wenig verändert. Also diese Unterscheidung ist wichtig und in der Realität kommt natürlich beides zusammen. Bewegungen können nicht immer sozusagen die Umwälzung der Gesellschaft in jedem Schritt fordern, sondern sie müssen dann auch Kampagnen organisieren und initiieren, aber das besondere dieser Kampagnen ist, dass sie nicht isoliert stehen und das man sich danach wieder nach Hause begibt und sagt das war's, sondern sagt das war Teil eines viel grundlegenderen Kampfes. Es geht weiter.

Rudolf Hickel: Zu dem was Ann gesagt hat: die Vielfalt der Blumen – das erinnert mich an ein Bild als wir damals für die 35-Stunden-Woche eingetreten sind, da gab es ähnlich so ein Bild. Die Vielfalt ist aus der Sicht sozusagen von traditionalistischen, eher an Marx ausgerichteten Gegenbewegungen ist eigentlich heute ein riesiger Vorteil. Die Frage von Antonia Grunberg lautet ja, gegen was? Da können wir uns relativ schnell glaube ich konstituialisieren, aber die Frage für was? das ist die entscheidende Frage. Das hast du jetzt schon mal wunderbar ausgeführt, Dieter, da stimme ich dir hundert Prozent zu.

Ich habe anlässlich des zweihundertsten Geburtstages mal bei Marx nachzulesen versucht – weil der hat ja immerhin die Welt geprägt – wie sieht eigentlich dessen sozialistisches System aus? Und da gibt es eine große historische Lüge, vor allem von den Herrschaftssystemen, die Marx missbraucht haben zur Rechtfertigung der Herrschaft, beispielsweise sowjetischen Typs, DDR. Marx sagt: „Ich habe nie ein sozialistisches System gewollt." Er hat sogar irgendwann mal gesagt, als er in Frankreich als Marxist bezeichnet wurde, er sei kein Marxist. Was folgt daraus? Diese historische Aufgabe, das wir fragen müssen, was wollen wir? Wofür sind wir eigentlich? Die ist ganz schwer zu beantworten.

Da finde ich die Antwort von Ann und die Hinweise von Antonia ganz wichtig. Wir verabschieden uns, das hat was Positives, wir verabschieden uns von dem großen gesellschaftlichen Entwurf, den wir wollen, aber dafür setzten wir umso stärker ein/ Unterschied beispielsweise das Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft, beispielsweise eine verbesserten Umwelt und beispielsweise endlich auch eine sozialen Gerechtigkeit, Verteilungsfragen und vieles mehr. Das heißt also es wird sozusagen von unten und das ist auch eine Stärkung für Gegenbewegungen, von *unten* her entwickelt nicht mehr als der große Entwurf, an dem dann am Ende möglicherweise ein System rauskommt, das wir alle nicht wollen. Und das ist glaube ich der Anknüpfungspunkt, den wir brauchen. Ganz viele Initiativen, die nicht immer gleich sagen müssen, wie sozusagen dieser Ökosozialismus oder emanzipatorischer Liberalismus aussieht. Das brauchen wir nicht alles zu beantworten, sondern wir machen es von unten her, so wie du es beschrieben hast.

Ann Pettifor: I should be accepting. So so important. So in Britain, and I think also in Europe, we are focusing on the thing which we can touch and we can see, right? So austerity is the thing that affects us directly. We can see it. So austerity is deploying fiscal policy to lower income, to lower income, to contract the economy. Why we don't understand, but that's it/ now, the financial sector, which is doing the harm, is not tangible, it's invisible. So for a social movement, its very hard, would you say, and I find this all the time, how to explain, how we are going to touch or transform the thing – finance – which is operating beyond our reach, in the stratosphere. Here in the real economy, we can see the hospital closing, or the school closing, so we can deal with the hospital and the school. But the financial flows of capital that come in and go out across borders are invisible. We can't see that, right? So for me this is a very big struggle for people, and we have to be careful that we don't focus on what they, the enemy [lacht] would prefer us to focus on. For me the bankers, financiers are very happy, if we are focusing on this one part of the economy, just a small part of the economy, austerity, and we are ignoring this bigger part, which is the financial system. Now we see some of that sector in the way the banks work, but Blackrock – a $6.5 trillion asset management fund – doesn't operate on the high street, on the main street. It's out there, beyond our reach. It doesn't/ and it's not confined to any country, but works globally, right?

Rudolf Hickel: But in Germany very, very strong.

Ann Pettifor: Very strong, yes. I assume Mr Merz was selling himself on the grounds that he was a Blackrock.

Rudolf Hickel: Venovia/ Venovia zum Beispiel gehört hier in Bremen.

Ann Pettifor: What is that?

Übersetzung: Venovia is a real estate.

Ann Pettifor: Real estate. Yes. So for us it's very hard to find, to touch the thing that is causing so much trouble really. I fear that when we are thinking about it, we're thinking about the thing that/ so, you know, our own experience. If I'm angry because my salary is down, I haven't got a house, my children can't go to university, I blame the person, nearby … the immigrant. He is here. I can see him, I touch him. I can ask him to go. I am not poor, because of the crusus caused by the activities of e.g. Blackrock and the finance sector. , Instead we tend to blame the immigrant, yes, he is to blame, right? So this is a natural human reaction. Hard/ it's not natural/ but it is something close. So the question for leadership is, how do we say to people, no, the problem isn't necessarily immigration, the problem is a bigger one than that. It's a different one and let's focus on the unregulated, liberalised finance sector. How do we do that? That's the thing that keeps me awake at night. [Gelächter im Publikum]

U.L.Übersetzung: Also sie sagt für soziale Bewegungen und wenn wir Teil einer sozialen Bewegung sind, uns so verstehen, dann ist es sehr schwierig uns auf was Konkretes zu fokussieren. Dieser Finanzsektor, das krisenanfällige Banken- und Finanzsystem ist nicht sichtbar. Es operiert in der Stratosphäre und ist so intransparent und so komplex und so unverständlich wie kaum was anderes. Und gleichzeitig ist es so viel einfacher zu sagen: ich bin wütend darüber, dass die Schule irgendwie nicht mehr genug finanziert wird, dass die Krankenhäuser schließen, dass keine Wohnungen zu vernünftigen Preisen zu bekommen sind. Und wenn man dafür die Schuldigen sucht, sind es dann auch ganz schnell und leicht Ausländer. Die sind greifbar, die sind hier, konkret. Und deswegen

leadership. Politische Führung besteht darin, den Menschen und uns in den Bewegungen in der Gesellschaft zu erklären, wo die wirklichen Probleme, die Ursachen sitzen, dass sie nicht in den geflüchteten Migranten zu lokalisieren sind, sondern in dem international operierenden Finanzsystem. Das ist sozusagen die Mutter aller Krisenherde, würde ich mal hinzufügen. [Lachen und Applaus im Publikum]

Und ja, das ist der Punkt. Das ist eine Illustration für das Prinzip der politischen Führung nach dem was soziale Bewegungen brauchen, um effektiv zu sein.

Antonia Grunenberg: Dann ist aber ja die Frage, wie sind die Wege der Sichtbarmachung? Also kann man sich auf die Straße stellen und kann rufen, ich benutze jetzt mal einen Audruck, den Rudolf Hickel benutzt hat, und kann man die Forderung stellen: „Wir wollen keinen Casinokapitalismus?" Kann man die Forderung auch stellen: „Wir wollen nicht, dass es möglich ist durch einen Mausklick den Kredit um dreißig Milliarden Euro zu erhöhen?" Wo also sind die Zugänge? Die Arbeit, die sie für ihr Buch geleistet hat, ist das eine, also das die Transparentmachung, das Sichtbarmachen – sie führt uns ja hinein, damit wir verstehen, damit wir argumentieren können und nicht mehr auf der Position hocken bleiben: „Wir armen Schweine hier unten gegen die reichen Schweine da oben." [Lachen und Kommentare aus dem Publikum]

Ann Pettifor: So I have an answer for that question. It's my answer, and it's not easy. And it's called capital control, right? Management of the movement of capital across borders. An example is the Tobin Tax. So we talk about controlling the movement of immigrants and controlling the movement of trade, but we never talk about the controlling of movement of capital. So the thing to understand is this: Yesterday you saw president Trump, using the legal arm of the United States to reach into Canada to capture a Chinese citizen, right? That is outrageous. This is to use a domestic judicial system for extraterritorial power. It's imperialism at its worse, right?

We have states that have boundaries. And for a good reason. We don't want to live under American law, ok? I don't want to live under Chinese communism. So I live in a country with boundaries, where, because we are democratic, we determine the policy of that country, right? Or we choose our politicians. I can't chase away the Chinese communist party. I can't unseat President Trump, but I can vote at home to get rid of the government, ok? So, and policy for the law, for criminal justice, for pensions, for education, for spending, for taxation has to have boundaries. We cannot tax the Chinese, if I'm American I can perhaps, but we cannot/ do you understand? And we don't allow the/ the Russians to have a British pension, right? Because policy requires boundaries, policy/ government policy/ democratic policy, but money/ capital hates boundaries.

The finance sector want to operate beyond boundaries. They don't want me to vote against their ability to move their money, to avoid taxation, right? They want me to vote against the pension, to vote against this, the tax. They like it, when I worry about the tax. They don't like me to worry about the fact that they can/ Blackrock can take money from here to borrow very cheap from the Japanese and lend at 18 % to the Brasilians or to the Africans. They lend very large sums of money at very high rates of interest to poor African countries. They don't want us to talk about that. They want us to talk about local taxation, and pensions, and hospitals and so on. I want/ and I don't like the word control, we want to manage the flow of money across borders. We want to manage it, so it doesn't come rushing in, and then rushing out upsetting exchange rates and interest rates. Now, the problem with that is: we value capital mobility. I come to Bremen and use my credit card in the machine, and use all that cash, oooh it's wonderful, it's a miracle, right? We like it. We like to go travelling. My children, the millennials they are all travelling all over the world and they have money everywhere. They think globalization – cross-border capital flows – are wonderful, right?

So that's how the Blackrocks of the world capture our permission. Because we are buying into their system, we are using their system, we say we love their system. So we are not going to change it because oh, if I go to Spain, I want to get my money out the bank, right? I don't want to have trouble with exchange rates , no! So we reinforce and uphold the globalised financial system and blame the immigrants. So I want us to look at the movement of capital, and I want us to use the word "manage". If the chief executive of Apple

said: "I'm going to leave my business to be run by the market, the invisible hand of the market", you'd think he was crazy. No, he manages his business. Our government does not manage money the economy, capital flows. As Mrs Merkel says it's for the market to decide – to manage the econo. What is the market? Who votes for the market? Who managet the market? The market It's not an invisible hand, it's not a hand, right? So if the ask is for capital control – tomorrow the globalization project would be over.

That's not an invisible hand, it's a shaking hand.]

Yes, the shaking hand, yes. So in the thirties [...]

U.L.Übersetzung: Die Frage war, um die noch mal in Erinnerung zu rufen – lange Antwort auf eine kurze Frage – worauf können sich die sozialen Bewegungen fokussieren? Was können konkrete Forderungen sein, Ziele? Und sie sagt, sie hat eine Antwort darauf und die Antwort ist: Kapitalkontrollen. Wir konzentrieren uns in der öffentlichen politischen Debatte auf die Kontrolle der Migration, auf die Kontrolle des Handels, ja? Oder Abschaffung von Handelskontrollen, aber keine Kapitalkontrollen sind kein Thema. Das internationale Finanzsystem basiert auf der/ auf der/ die Finanzflüsse basieren auf so Anreizen, die uns das schmackhaft machen. Wir können unsere Kreditkarte oder EC-Karte in der ganzen Welt in den Automaten stecken und kriegen Bargeld. Auch in China genauso wie in Deutschland und Großbritannien. Und wir lassen uns sozusagen damit verlocken, das ganze globale Finanzsystem als unseren Interessen dienlich wahrzunehmen. Aber es stimmt nicht, weil nämlich diese Kapitalflüsse müssten gestaltet werden und dürfen nicht den Märkten oder den Algorithmen der Computer überlassen bleiben, sondern sie müssten politisch von der Regierung gestaltet werden. Und das passiert im Moment überhaupt nicht. Gestalten heißt Grenzen, die also nicht re-nationalisieren, so wie ich sie verstanden habe, im Hinblick auf nationale, Re-nationlisierung jetzt der Finanz- und der Bankensysteme, aber Kontrolle der grenzüberschreitenden Flüsse, ja? Und Kontrolle kann heißen taxation for example, also management auf border finance …

Ann Pettifor: What's it called? Tobin Tax/ sand in the wheel/ the taxing of flows across borders. It's not taxing them, it's just to tax the flows to slow them down. "Sand in the wheels" 01:05:54

U.L.Übersetzung: Die werden verlangsamt, die grenzüberschreitenden Finanzflüsse werden ein bisschen verlangsamt und mit Finanztransaktionssteuern belegt.

Ann Pettifor: I just finish my whole point. In the 1920s and 1930s we had globalization just as we have today, not the same scale, but certainly the finance sector – trade and immigration flows – were even more free of regulation. You didn't need a passport to travel in those days. Today you need a passport to cross borders, right? So what happened is in 1929 there was a catastrophic financial crisis, we had two catastrophic wars, and at the end of the Second World War, there was a meeting of economists at Bretton-Woods. It's very interesting because there were only economists: Roosevelt said no banker was allowed to attend. No bankers were present at the Bretton-Woods negotiations to restructure and stabilize the global economy – just economists from all over the world. And they decided on an architecture for the global economy, which included management of capital flows across borders. Between 1945 and 1971 we had a period, known, even the right wing economists call it – the golden age of economics! So we know that we can do it, because we know we transformed the global economy away from globalisation in the past. We can do it again. We did that, but we don't have to do what happened then: which was to endure two catastrophic wars; two massive financial crises and a very long, great depression. We don't need to go that way again. that. 01:07:34

U.L.Übersetzung: Ja, und ihre Lehre hat sie aus den historischen Entwicklungen gezogen. Zwei Kriege hat es gebraucht, massive Finanzkrisen Ende der 1920er Jahre, Anfang der 1930er und dann noch mal in den 1940er Jahren und erst dann hat die Menschheit sozusagen gelernt und 1945 hat Roosevelt ein Gremium einberufen von Wirtschaftswissenschaftlern aus der ganzen Welt, keine Banker, und hat eine Finanzarchitektur entwickelt, das Bretton-Woods-System, das war von 1945 bis 1971 in Kraft und hat zum Goldenen Zeitalter unserer Wohlfahrtsstaaten, wirtschaftliche Entwicklung, Wirtschaftswunder und Wohlfahrtsstaaten geführt. Es ist also möglich dieses System ist dann aufgekündigt worden 1971 von Nixon, denke ich. Und man kann es machen und muss es wieder zwei Kriege und so viele Finanzkrisen und so gravierende Finanzkrisen, braucht es das, damit wir wieder sozusagen eine solche Finanzarchitektur entwickeln können, politisch?

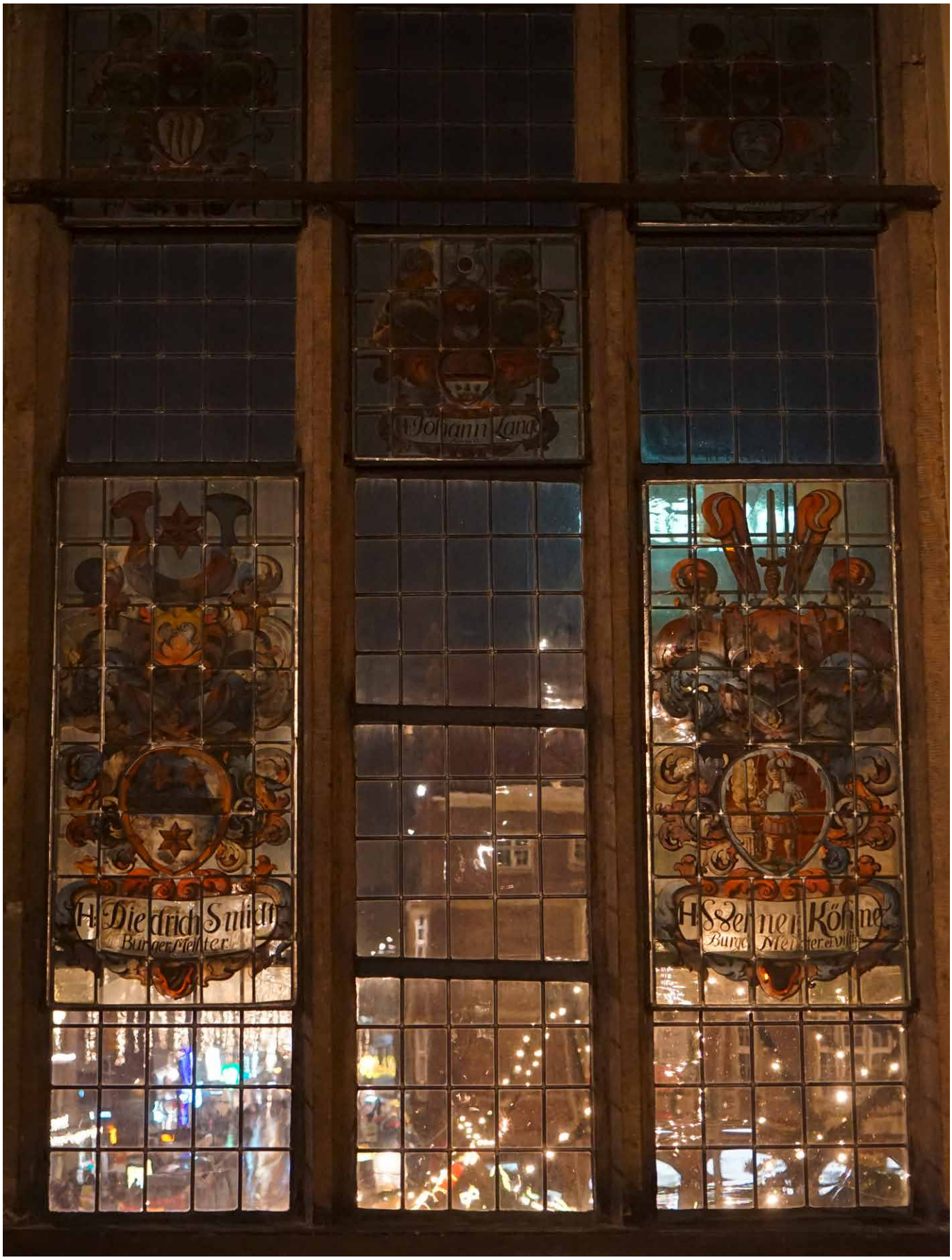
Rudolf Hickel: Ja, damit es nicht so abstrakt ist, was alle so wunderbar ausgeführt ist, was sind Kapitalverkehrskontrollen? Übrigens im Lissabonner Vertrag, wird oft überlesen, steht die EU hat die Möglichkeit Kapitalverkehrskontrollen einzuführen. Jetzt mal ein Beispiel: Hätte man, als in Griechenland sich die Krise abzeichnet 2010, hätte man sofort Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, das heißt schlichtweg untersagt, dass die Reichen aus Griechenland ihr Geld ins Ausland transportieren, dann wäre die Krise viel besser und anders verlaufen, sie wäre billiger geworden. Das ist ein Beispiel für die Notwendigkeit von Kapitalverkehrskontrollen.

Dieter Rucht: Die Frage ist ja, was können, was sollen wir tun? Und was jetzt betont wird, und ich stimme dem zu, das sind strukturelle Eingriffe. Also es genügt nicht nur nett zu sein, sondern wir brauchen glaube ich ganz klare Regeln: Kapitalverkehrskontrollen, Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Kerosin, also eine lange Liste. Und jetzt komme ich mal mit meiner privaten Geschichte da rein. Ich hab immer wieder mal am Küchentisch mit meiner Frau hitzige Diskussionen. Die sagt immer: „Du immer mit deinen Theorien und die Welt verändern. Hör auf, ich kann's schon nicht mehr hören." [Lachen im Publikum]

Was zählt, schade, dass sie nicht hier ist, dann wär's besser, als [unverständlich] Was zählt, ist ja erst mal auch, dass wir erst mal unser eigenes Verhalten verändern, dass wir bei uns anfangen und alles andere wirkt unglaubwürdig. Nun vertrete ich jetzt nicht die Gegenmeinung, sondern ich sage: Beides muss passieren. Aber ich werde auf diesen zweiten Aspekt nachdrücklich hinweisen. Wir können nicht nur sozusagen strukturelle Reformen einklagen, sondern wir müssen auch unser Ansehen, unser tägliches Verhalten, unseren Konsum, ob wir das Licht ausmachen, wie wir mit Leuten umgehen, wie wir auch mit Leuten umgehen, die anderer Meinung sind als – also über die „Kommunikation der Einverstandenen", wie Hans Magnus Enzensberger gesagt hat, hinauskommen. Wir müssen uns schon sozusagen aus unserer Blase, ich meine das ist nicht nur die Internetblase, auch rausbewegen, müssen dann mit Leuten reden und wir müssen uns auch innerhalb der eigenen Gruppen oder peers unsere Umgangsformen, unserer Kommunikationsformen ansehen.

In den USA gibt es so eine Strömung unter dem Titel „Prefingerative Politics". Damit ist gemeint, dass wir das, was wir im Großen wollen, die großen Veränderungen, eine gerechte Gesellschaft, im Kleinen zumindest ansatzweise auch schon praktizieren. Das geht eben los mit Zweierbeziehungen, das geht weiter über den Kindergarten, die Schule und so weiter. Das heißt diese Ebene ist enorm wichtig, die wird nicht alles verändern als solche, aber sie ist auch wichtig und soziale Bewegungen sind in der Richtung auch in der Weise eine Art Experimentierfeld, ein Laboratorium, um solche Dinge zu praktizieren und in einer Partei haben sie große Schwierigkeiten das so zu praktizieren. (Applaus aus dem Publikum]

Antonia Grunenberg: Das ist ein schöner Anlass, um das noch mal zuzuspitzen. Die These, die ich aus Ihrem Beitrag gewinnen würde, lautet, oder könnte lauten: Wir sind nicht die unschuldigen Opfer und Objekte dessen, was geschieht, sondern wir tragen auch die Verantwortung dafür, dass es so geschieht, wie es geschieht. Das heißt auch wir sind in einem Verantwortungszusammenhang und müssen das realisieren, dass wir nicht nur die sind, für die dann irgendwann gehandelt wird, sondern das wird die sind, die die Impulse geben müssen, die Impulse geben müssen wir unter Umständen auch durch unser Verhalten beim Urlaub machen und den Flugreisen und den Kreuzfahrtschifffahrten und so weiter.


H. Johann Lange
H. Diedrich Smidt
Burger Meister
H. Sebemen Köhne
Burger Meister

Veranstalter
Hannah-Arendt-Preis für
politisches Denken e. V.
Heinrich Böll Stiftung Bremen
Heinrich Böll Stiftung Berlin
Senat der Freien Hansestadt Bremen
in Kooperation mit dem
Institut Français Bremen

Heinrich Böll Stiftung Bremen
Carl-Ronning-Straße 9
28195 Bremen
ruedel.boell@arcor.de

Alle Fotos © Wolfgang Weiss